



**HAUS
DER FAMILIE**
Rheinland-Pfalz

HANDREICHUNG

**Das Haus der Familie mit und für
Migrantinnen und Migranten gestalten –
eine Handreichung**



Das Haus der Familie mit und für Migrantinnen und Migranten gestalten – eine Handreichung

Herausgeber:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Familie und Frauen Rheinland-Pfalz
Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit
Bauhofstraße 9, 55116 Mainz
www.masgff.rlp.de
bestellservice@masgff.rlp.de

Verfasser/ -in: Davina Höblich

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V., (ism)
Flachmarktstraße 9
55116 Mainz
Tel: 06131/24041-0
Fax: 06131/24041-50
mail: ism@ism-mainz.de
www.ism-mainz.de

Gestaltung: Jürgen Ehlers

Druck: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Familie und Frauen Rheinland-Pfalz

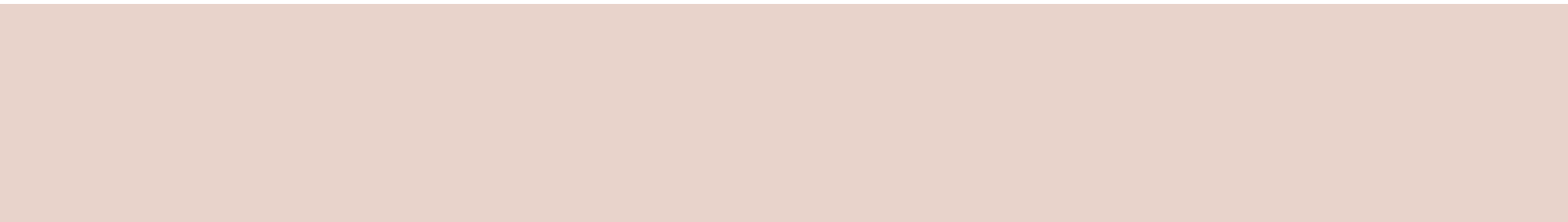
ISBN 978-3-936257-38-0

Stand: März 2009

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Inhalt

| | | |
|------------|---|-----------|
| I. | Einführung und Überblick über die Handreichung..... | 5 |
| II. | Welchen Beitrag können die Häuser der Familie zur Integration von Familien mit Migrationshintergrund leisten? | 7 |
| A. | Problemaufriss..... | 7 |
| | 1. Familien mit Migrationshintergrund – die Fakten | 7 |
| | 2. Zugangsbarrieren für Familien mit Migrationshintergrund | 11 |
| | 3. Familien mit Migrationshintergrund – Bedarfe und Herausforderungen | 13 |
| | 4. Anforderung an die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote für Familien mit Migrationshintergrund – besondere Aufgaben und Themen..... | 19 |
| B. | Zugänge schaffen – Modelle und Strategieansätze bedarfsgerechter Angebote und gelingender Strategien der Öffnung | 22 |
| | 1. Menschen mit Migrationshintergrund als Nutzerinnen und Nutzer von Angeboten des Hauses der Familie | 24 |
| | 1.1 Strategien zum Abbau von Zugangsbarrieren bei Angeboten der Information und Alltagshilfe | 25 |
| | 1.2 Strategien zum Abbau von Zugangsbarrieren bei Angeboten der Bildung | 26 |
| | 1.3 Strategien zum Abbau von Zugangsbarrieren bei Angeboten der Beratung | 28 |
| | 2. Menschen mit Migrationshintergrund als Aktive im Haus der Familie | 29 |
| C. | Migrantenorganisationen und Einrichtungen als Kooperationspartner/innen | 31 |
| D. | Fazit – Schlussbemerkung | 34 |
| E. | Serviceteil..... | 35 |
| F. | Literatur | 37 |



I. Einführung und Überblick über die Handreichung

Der Alltag und die Lebensrealität in Deutschland wie in Rheinland-Pfalz sind zunehmend durch kulturelle und ethnische Vielfalt gekennzeichnet: Über 14 Millionen Menschen haben in Deutschland einen Migrationshintergrund (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft), jede fünfte geschlossene Ehe ist binational, jedes vierte Neugeborene hat mindestens einen Elternteil mit Wanderungsgeschichte und ein Drittel der Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen stammt aus einer Familie mit Migrationshintergrund. Damit stellt sich in der Zuwanderungsgesellschaft Deutschland und in Rheinland-Pfalz konkret die Aufgabe, Menschen und Familien mit Migrationshintergrund zu integrieren und kulturelle Vielfalt als Chance und Bereicherung, aber auch als Herausforderung ernst zu nehmen. Integration ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die gefördert werden und über Angebote ein Gefühl der Zugehörigkeit ermöglichen muss.

Die rheinland-pfälzische Integrationspolitik und das Integrationskonzept des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen verstehen Integration als umfassende Aufgabe, die alle Bereiche, Ressorts und alle Gesetze durchdringt. Hierzu zählen vor allem die Bereiche des alltäglichen Lebens wie Bildung, Arbeit, soziale Sicherheit, Familie, Gesundheit, Kultur, Recht und Ökologie. Vorrangiges Ziel ist es, die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen und sicherzustellen.

Integration versteht sich nicht als Aufgabe der Migrantinnen und Migranten, sondern als Prozess der alle Bürgerinnen und Bürger einschließt und in den alle ihre unterschiedlichen Lebensperspektiven gleichermaßen einbringen. Migration und Integration stellt Herausforderungen an die aufnehmende Gesellschaft. Zugleich gilt es auch die Vorteile und Chancen verstärkter wahrzunehmen. Integration zielt darauf ab, dass Einheimische und Migrantinnen und Migranten

voneinander profitieren.¹

Häuser der Familien können als Bestandteil einer familiengerechten Infrastruktur Integration ermöglichen und befördern. Das Konzept der Häuser der Familien zielt auf eine Zusammenführung und Bereitstellung von Information und Alltagshilfen sowie Angeboten der Beratung und Bildung. Mit einem Mix aus offenen, niedrigschwelligen und spezialisierten Angeboten richten sich die Häuser der Familien an alle Familien, egal welchen Alters und welcher Herkunft. Familien mit Migrationshintergrund haben die gleichen Bedarfe und stehen vor den gleichen Aufgaben der Gestaltung eines gelingenden Familienalltags, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Erziehung von Kindern, der Pflege von Angehörigen, usw.; sie haben aber auch spezifische Bedarfe, die sich von jenen von Familien ohne Migrationshintergrund unterscheiden, z.B. Beratungsbedarf bei Fragen des Aufenthalts und der Einbürgerung. Um Familien mit Migrationshintergrund als Nutzer und als Aktive der Häuser der Familien zu erreichen, bedarf es daher besonderer Anstrengungen und einer Mischung aus spezialisierten, auf sie zugeschnittenen Angeboten, und offenen Angeboten für alle Familien gleich welcher Herkunft.

Weshalb widmet sich eine ganze Handreichung dem Thema „Migrantinnen und Migranten als Aktive und Nutzer der Häuser der Familien“? Zum einen sind Familien mit Migrationshintergrund bei der Inanspruchnahme von Regeldiensten und -angeboten weit unterrepräsentiert. Zum anderen sind sie häufiger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund von Benachteiligungen im Bereich Bildung, Armut, Erwerbssituation etc. betroffen. Menschen mit Migrationshintergrund weisen allerdings auch z.T. eine hohe Aufwärtsmobilität auf. Familien haben als wichtige Ressource im Integrationsprozess einen wesentlichen Anteil daran.

Migrantinnen und Migranten gestalten – auf der Basis gesicherter Grundrechte und im Rahmen einer politisch verfassten Demokratie – durch ihr

¹ Vgl. *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2007.*

Engagement und die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten das Gemeinwesen wesentlich mit. Sie sind bürgerschaftlich engagiert, in dem Sinne, dass sich Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um etwas zu bearbeiten, von dem sie sagen: „Das geht uns etwas an, hier müssen wir etwas tun.“ Migrantinnen und Migranten sind in Vereinen und Gewerkschaften organisiert, sind Selbstständige und Angestellte, bilden aus. Sie leisten als ehrenamtlich engagierte solidarisch einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwesen und zu sozialen Sicherungssystemen.

Die vorliegende Handreichung stellt Familien mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der Häuser der Familien daher in den Mittelpunkt. In einem einführenden Problemaufriss (A) werden die Bedarfe sowie daraus resultierende Themen und Aufgaben für eine gelungene Integration von Familien mit Migrationshintergrund in den Häusern der Familien verdeutlicht. Dabei geht es um folgende Fragen:

- Was sind bevölkerungsstatistische Merkmale von Familien mit Migrationshintergrund? (Abschnitt A.1)
- Worin liegen Unterstützungsbedarfe von Familien mit Migrationshintergrund? (Abschnitt A.2)
- Was sind Gestaltungsanforderungen an familienbezogene Unterstützungsangebote und Dienste im Hinblick auf Familien mit Migrationshintergrund? (Abschnitte A 3 und 4)

Im zweiten Teil B werden konkrete Anregungen für die Praxisentwicklung gegeben, indem Modelle und Strategien vorgestellt, wie die Häuser der Familie Zugänge für Familien mit Migrationshintergrund erschließen können. Die in dieser Handreichung aufgezeigten Anregungen, Modelle und Strategien gehen auf Diskussionsergebnisse einer Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Häuser der Familie, Jugendhilfeplanerinnen und der wissenschaftlichen Begleitung zurück. An dieser Stelle danken wir den Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre engagierte Mitarbeit.

Die Handreichung richtet sich in erster Linie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Verantwortlichen in den Häusern der Familie. Sie richtet sich darüber hinaus an alle mit Migration und Integration befassten Personen und Organisationen, an Kooperationspartnerinnen und -partner sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

II. Welchen Beitrag können die Häuser der Familie zur Integration von Familien mit Migrationshintergrund leisten?

A. Problemaufriss

1. Familien mit Migrationshintergrund – die Fakten

Bei Familien mit Migrationshintergrund handelt es sich um eine sehr heterogene Gruppe hinsichtlich Aufenthaltsdauer, Nationalität, Aufenthaltsstatus, Migrationserfahrung und Wanderungsgeschichte. Migrantinnen und Migranten haben unterschiedliche religiöse, kulturelle, ethnische Hintergründe und individuelle Lebensverläufe. Gegenüberstellungen von Migrantinnen und Migranten mit Deutschen laufen daher immer Gefahr, die Unterschiede innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu übersehen, die Besonderheiten der Migrantinnen und Migranten hervorzuheben und hierüber durch kulturelle Zuschreibungen zu weiteren Diskriminierungen beizutragen. Insgesamt stellen Migrantinnen und Migranten in weiten Teilen noch immer eine marginalisierte und diskriminierte Bevölkerungsgruppe dar. Ihre Bedarfs- und Problemlagen ergeben sich jedoch häufig aus strukturellen Diskriminierungen und benachteiligten sozialen Lagen. Die Auswirkungen solcher Exklusionsprozesse dürfen jedoch nicht vorschnell zu einer Ethnisierung beitragen.

Die Bedarfslagen, Problemstellungen sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr unterschiedlich. Daher müssen Angebote für Migrantinnen und Migranten zunächst immer konkret an den Bedarfen der Personen ansetzen, die erreicht werden sollen, bevor gut gemeinte Angebote entwickelt werden, für die kein Bedarf besteht.

Trotzdem lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen Familien mit Migrationshintergrund und jenen ohne Migrationshintergrund in den Lebenslagen und der Alltagsrealität feststellen.

Zunächst soll daher geklärt werden, was mit dem Begriff „Migrationshintergrund“ gemeint ist, wie hoch der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ist, über welche soziostrukturellen Merkmale sie charakterisiert werden können und welche Themen und Herausforderungen sich für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als Nutzer und Aktive der Häuser der Familien ergeben.

Wer hat „Migrationshintergrund“?

Mit „Migrationshintergrund“ ist i.d.R. Zuwanderung in einem weiten Sinn angesprochen. Der Begriff bezieht sich nicht nur auf direkte eigene Migrationserfahrung, sondern auch auf die Wanderungsgeschichte der eigenen Vorfahren (Eltern, Großeltern). Es kann sich somit um Menschen handeln, die selbst zugewandert sind, aber genauso gut auch um Personen, die in Deutschland geboren sind, deren Eltern oder Großeltern aber nach Deutschland eingewandert sind. Die Bezeichnung liegt damit quer zu der Frage, ob eigene Migrationserfahrungen vorliegen – also selbst Wanderungen gemacht wurden – und der Frage nach der Staatsangehörigkeit.

Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz leben rund 700.000 Menschen, die selbst zugewandert sind oder von Zuwanderinnen und Zuwandern abstammen. Damit haben rund 17% der 4,1 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bzw. jeder/jede Sechste hat einen Migrationshintergrund. Die regionalen Unterschiede variieren stark. Unter den alten Bundesländern verzeichnet Rheinland-Pfalz den drittniedrigsten Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund.

Über zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Rheinland-Pfalz leben (70% bzw. 490.000 Menschen), sind selbst zugewandert, haben also *eigene Migrationserfahrung*.

Knapp ein Drittel aller Personen mit Migrations-

hintergrund in Rheinland-Pfalz (30% bzw. rund 204.000) leben schon seit ihrer Geburt in Deutschland, haben also *keine eigene Migrationserfahrung*.

Etwa 45% der Menschen mit Migrationshintergrund (rund 314.000 und 7,8% der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung) besitzen eine *ausländische Staatsangehörigkeit* (davon mehr als 80% eine europäische).² Am häufigsten vertreten sind hier die türkische Staatsbürgerschaft (25%), die italienische (11%) und die russische (6%). 42.000 der Personen mit Migrationshintergrund besitzen eine sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft. Meist handelt es sich hierbei um jeweils eine deutsche und eine europäische.

Über die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund (55%) sind Deutsche mit Migrationshintergrund, meist Aussiedler oder Spätaussiedler aus Polen, Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion.³

Daneben wächst die Zahl der Kinder ausländischer Eltern, die unter die am 1. Januar in Kraft getretene Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes, fallen. Diese ruht auf zwei Säulen:

- Nach dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) erhalten Kinder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern bzw. eines Elternteils, und
- nach dem Geburtsrecht (*ius soli*) erwerben in Deutschland geborene Kinder ausländischer Staatsangehöriger kraft Gesetzes unter bestimmten Voraussetzungen⁴ die deutsche Staatsangehörigkeit.

Das bedeutet: Sowohl die aufgenommenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler als auch die Kinder, die nach dem *ius-soli-Prinzip* Deutsche werden, erwerben bzw. behalten in

² Vgl. *Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008*

³ Vgl. *Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008*

⁴ *Zumindest ein Elternteil muss sich seit acht Jahren rechtmäßig und dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und die Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren die unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen (§ 4 Abs. 3 StAG).*

der Regel zusätzlich eine ausländische Staatsangehörigkeit. In rechtlicher Hinsicht sind sie aber in erster Linie Deutsche und werden in den amtlichen Statistiken auch nur als solche erfasst.

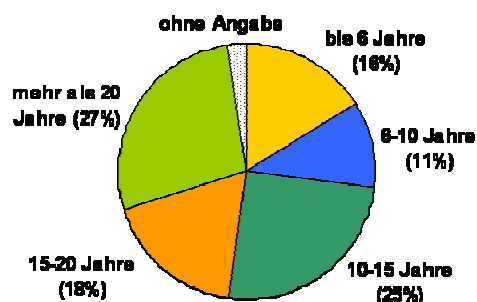
Bei einem Viertel aller Familien (432.000) in Rheinland-Pfalz hat entweder ein Partner (10%) oder haben beide Partner (15%) Migrationshintergrund.

| | Zugewanderte | Personen ohne eigene Migrationserfahrung | Insgesamt |
|-----------|-------------------------------|--|--|
| Ausländer | Zugewanderte Ausländer 34% | Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung 11% | Ausländer 45% |
| Deutsche | Zugewanderte Deutsche 36% | Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung 19% | Deutsche 55% |
| Insgesamt | Zugewanderte 70% | Ohne eigene Migrationserfahrung 30% | Personen mit Migrationshintergrund 703.000 (100%) |

Quelle: Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008

Eigene Migrationserfahrung zu haben, lässt noch keine Rückschlüsse auf die *Aufenthaltsdauer* zu: Knapp die Hälfte der Menschen mit eigener Migrationserfahrung leben zwischen 8 und 20 Jahren in Rheinland-Pfalz und 28% sind seit über 20 Jahren im Land. Nur rund 24% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist vor weniger als 8 Jahren eingereist.

Aufenthaltsdauer von Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz



Quelle: Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008

Soziale Situation der rheinland-pfälzischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Soziostrukturelle Merkmale

Alter: Die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist im Durchschnitt mit 33 Jahren deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (45 Jahre). Knapp ein Drittel (31%) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist sogar jünger als 20 Jahre. Der Anteil an älteren Menschen über 65 ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich niedriger (8%) als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (23%)⁵ In den kommenden Jahren ist jedoch auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein deutlicher Anstieg in den höheren Altersgruppen und ein entsprechender demografischer Wandel zu erwarten. Damit stellen sich für Menschen mit Migrationshintergrund zunehmend Fragen der Versorgung und Pflege älterer Angehöriger und Fragen der Gestaltung des Lebensabends.

Familienstand: Personen mit Migrationshintergrund sind wesentlich häufiger ledig oder leben in nichtehelichen Partnerschaften (45,6% gegenüber 36,7%).

Bildung: Für Kinder mit Migrationshintergrund ist der Besuch von Kindertageseinrichtungen oder die Betreuung durch Tagespflegepersonen von besonderer Bedeutung für die Integration und die frühkindliche Bildung. Rheinland-Pfalz liegt mit seiner Betreuungsquote⁶ der unter 3-Jährigen insgesamt (mit und ohne Migrationshintergrund) im Vergleich unter den alten Bundesländern im Jahr 2006 mit 9,6% auf dem dritten Platz. Allerdings differieren die Betreuungsquoten regional für die unter 3-Jährigen recht stark. Bei den Kindern zwischen drei und sechs Jahren erreicht Rheinland-Pfalz mit einer

Betreuungsquote von 93,6% im Bundesvergleich den dritten Platz.⁷

| Betreuungsquote der... | Rheinland-Pfalz | Bundesdurchschnitt |
|------------------------|-----------------|--------------------|
| Unter 3-Jährige | 9,4% | 13,6% ⁸ |
| 3-6-Jährige | 93,6% | 86,9% |

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008

Etwa 25% aller Kinder, die ein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen, hat mindestens einen Elternteil ausländischer Herkunft. Bei den Kindern in der Tagesbetreuung wird in 16% der Familien kein Deutsch gesprochen. Die rheinland-pfälzischen Werte liegen leicht über dem Bundesdurchschnitt (22% und 15%). Dabei liegen die Betreuungsquoten der nicht-deutschen Kinder unter denen der deutschen Kinder. Laut DJI-Kinderbetreuungsstudie liegen bei den unter 6-jährigen Kindern mit Migrationshintergrund die Betreuungsquoten deutlich unter jenen der Kinder ohne Migrationshintergrund.⁹

Die Unterschiede setzen sich fort und verstärken sich mit Blick auf die *Schulbildung*: Jede neunte Rheinland-Pfälerin bzw. jeder neunte Rheinland-Pfälzer mit Migrationshintergrund (11%) im Alter von 15 Jahren und älter besitzt keinen Schulabschluss. Unter den Personen ohne Migrationshintergrund sind es dagegen weniger als 2%. 44% der Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz verfügen über einen Hauptschulabschluss (gegenüber 54% derjenigen ohne Migrationshintergrund), 22,8% über einen Realschulabschluss (gegenüber 22,5%) und jeweils 22,1% über eine Hochschulreife. Die Ergebnisse der PISA Studien haben gezeigt, dass die Leistungsunterschiede zwischen Schü-

⁵ Für weitere Informationen zur Altersstruktur und Verteilung der Geschlechter in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Regionen vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 40-45

⁶ Anteil der Kinder, die einen Betreuungsplatz (Kindertageseinrichtung, Tagespflege) in Anspruch nehmen.

⁷ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 47-49

⁸ Hier schlagen die aus historischen Gründen höheren Betreuungsquoten der neuen Bundesländer zu buche.

⁹ Vgl. Bien/Rauschenbach/Riedel 2007, S. 91 ff.

lerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund wesentlich davon beeinflusst werden, ob in der Herkunftsfamilie deutsch gesprochen wird.

Mit Blick auf die *berufliche Bildung* zeigen sich ähnlich deutliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund wie bei den Schulabschlüssen. Knapp die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund (47%) kann keinen beruflichen Abschluss vorweisen. Etwa 40% der Menschen mit Migrationshintergrund verfügen über eine Lehrausbildung (gegenüber 54,3%). Von der schwierigen Ausbildungssituation sind v.a. die nicht-deutschen jungen Menschen betroffen, die deutlich mehr als deutsche Jugendliche auf berufsbildende Schulen und Angebote wie das Berufsvorbereitungsjahr und die Berufsfachschule ausweichen mussten.¹⁰

| | Mit Migrationshintergrund | Ohne Migrationshintergrund |
|-----------------------------|---------------------------|----------------------------|
| Ohne beruflichen Abschluss | 47,3% | 28% |
| Lehrausbildung | 40,2% | 54,3% |
| Fachschulabschluss/ Meister | ----- ¹¹ | 6,2% |
| Hochschulabschluss | 9,5% | 11,5% |

Quelle: Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008

Es zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede bei denen die Frauen mit Migrationshintergrund im Vergleich die ungünstigste Ausgangslage bezüglich Qualifikation ausweisen. Sie stellen den größten Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss. Zwar haben sie bezo-

¹⁰ *Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 2007, S. 71.*

¹¹ *Fallzahl zu gering; vgl. Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 57.*

gen auf Hochschulabschlüsse mit 9,4% die Frauen ohne Migrationshintergrund (8,1%) überholt, liegen aber dennoch unter dem Durchschnitt der Personen ohne Migrationshintergrund mit 15,2%.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund profitieren weniger von der Bildungsexpansion als diejenigen ohne Migrationshintergrund: 16% der 25-35-Jährigen verfügen über einen Hochschulabschluss. Dies trifft jedoch nur auf 10,3% der Personen derselben Altersgruppe mit Migrationshintergrund zu.

Erwerbssituation/wirtschaftliche Lage: Bei der Erwerbsbeteiligung zeigen sich ebenso beträchtliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung ohne und der mit Migrationshintergrund. Nur 42% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist erwerbstätig gegenüber 47% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Mit Blick auf die Arbeitslosigkeit vergrößert sich der Abstand noch weiter, denn 3,3% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber 7,2%, also mehr doppelt viele Personen, mit Migrationshintergrund sind erwerbslos. Die niedrigste Erwerbsquote haben Frauen mit Migrationshintergrund. Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern zeigen sich noch immer beträchtliche Unterschiede. Ursachen hierfür liegen in der vergleichsweise schlechteren Qualifikationsstruktur und anderer Familienmuster.¹²

Rund zehn Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund bezieht ALG I oder ALG II, Ausbildungsbeihilfen usw. (gegenüber 5% Personen ohne Migrationshintergrund) und mehr als die Hälfte der Frauen mit Migrationshintergrund lebt von Unterhaltsleistungen durch Angehörige. Menschen mit Migrationshintergrund haben auch ein geringes Nettoeinkommen: 36,5% der Haupteinkommensbezieher (gegenüber 28,9% der Haupteinkommensbezieher ohne Migrationshintergrund) verdienen netto unter 1.300 Euro.

¹² *Vgl. Statisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008, S. 63 ff.*

| | Mit Migrati- onshin- tergrund | Ohne Migrati- onshintergrund |
|-------------------------------|-------------------------------------|---------------------------------|
| ALG I/ALG II- Be- zug | 10% | 5% |
| Nettoeinkommen unter 1.300 | 36,5% | 28,9% |

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008

Zugleich besteht fast die Hälfte der Haushalte, in denen mindestens eine Person mit Migrationshintergrund lebt, aus größeren Haushalten mit mehr Personen.

2. Zugangsbarrieren für Familien mit Migrationshintergrund

Eine passive Offenheit der Angebote „für alle“ war bislang nicht in der Lage, die Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten sowie ihre Unterrepräsentanz in Einrichtungen und Organisationen zu überwinden. Regelangebote erreichen Familien mit Migrationshintergrund bislang immer noch zu wenig. Einrichtungen mit interkulturellen Angeboten sind noch ein Randsegment neben der Inanspruchnahme eines „Sondersystems“ für Migrantinnen und Migranten.

Eine interkulturelle Öffnung ist notwendig, da reine Spezialdienste für Migrantinnen und Migranten weder qualitativ noch quantitativ deren soziale Versorgung auffangen können.¹³

¹³ Vgl. *Beauftragte der Bundesregierung 2005, S. 138*

Interkulturelle Orientierung anvisiert die gleichberechtigte auf Anerkennung von Differenz und Verschiedenheit kultureller Gruppen zielende interkulturelle Begegnung.

Interkulturelle Öffnung – das heißt die Öffnung und Qualifizierung gesellschaftlicher Einrichtungen mit dem Ziel Migrantinnen und Migranten einen gleichwertigen Zugang zu ermöglichen – wird zunehmend nicht nur als Aufgabe der Regelangebote, Sozialen Dienste und Angebote der zivilgesellschaftlichen Akteure verstanden, sondern als Querschnittsaufgabe für alle gesellschaftlichen Einrichtungen. Die Interkulturelle Öffnung von Regeldiensten und -angeboten zielt auf die lebensweltliche Integration und setzt bei den Ressourcen, Fähigkeiten und Stärken der Migrantinnen und Migranten an. Kulturelle Vielfalt wird als gesellschaftliche Ressource verstanden, die es zu fördern und zu nutzen gilt.

Grundsätzlich verlangen Modelle und Strategien der Öffnung für Migrantinnen und Migranten bestimmte Haltungen der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: „Das Konzept der Interkulturellen Sozialarbeit verführt prinzipiell dazu, die Perspektive sozialer Ungleichheit durch die der kulturellen Differenz zu ersetzen.“¹⁴

Hier liegt die Gefahr einer Kulturalisierung sozialer Probleme indem Unterstützungsbedarfe von Migrantinnen und Migranten nicht als soziale Benachteiligungen begriffen und bearbeitet werden, sondern als Eigenschaften oder Aspekte die unmittelbar mit ihnen und ihrem Status als Migrantin und Migrant zusammenhängen: „Die Fixierung auf Interkulturalität in den Konzepten der Pädagogik und Sozialarbeit bringt die Gefahr mit sich, dass die strukturelle Dimension aus dem Blick gerät und soziale Benachteiligung in Termini der Kulturdifferenz interpretiert wird.“¹⁵

¹⁴ *Hamburger 2004, S. 278*

¹⁵ *Hamburger 2002, S. 408*

Migrantinnen und Migranten sind gegenüber solchen kolonialen und kulturalistischen Zuschreibungen über „ihre Kultur“ und „ihre Lebenswelt“ sensibel. Die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten erfordert daher in allen Feldern von Professionellen in sozialen Diensten und Angebote die notwendige praktische Kompetenz zum offenen Verstehen von Lebenswelten, damit gelingender Alltag möglich wird.¹⁶

Auf Seiten der Dienste verhindert eine starke Ausdifferenzierung familienbezogener Unterstützungsangebote und eine geringe Transparenz, dass Angebote selbstverständlich und leicht zugänglich genutzt werden können. Damit z.B. Familien durch Familienbildungsarbeit Unterstützung erfahren können, müssen sie über die örtliche Angebotsstruktur informiert sein. Dies stellt in der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft durchaus eine Herausforderung dar.

Häufig sind die *verfügbaren Informationen wenig auf die potentiellen Nutzerinnen und Nutzer des Angebots mit Migrationshintergrund zugeschnitten*. Eltern mit und ohne Migrationshintergrund sind oft nur *unzureichend über die bestehenden Dienste und Angebote informiert*.

Zudem sind *Angebote oft auch schlecht erreichbar*. Zeiten und Orte müssen kritisch überprüft werden, ob hierüber nicht Personengruppen von einer potenziellen Nutzung des Angebots bereits ausgeschlossen werden.

Eine *geringe Kundenorientierung* im Hinblick auf vermittelte Haltungen, sprachliche Verständigung und Hintergrundwissen stellt ebenfalls eine Barriere in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten dar. Häufig genug wird nicht im Vorhinein ausreichend reflektiert, weshalb was für wen wie angeboten werden soll. Ein unzureichendes Wissen über den kultursensiblen Umgang mit Nutzerinnen und Nutzern kann zudem zu Verunsicherungen bei den Professionellen führen und ebenfalls Schwellen aufbauen und zu kulturellen Missverständnissen führen.

Mangelnde Kenntnisse von Familienstrukturen oder Bedingungen im Herkunftsland die z. B. therapeutische Arbeit deutlich erschweren.

Kulturell begründete unterschiedliche Auffassungen von Krankheit und Gesundheit, gelingender Erziehung, Elternschaft, Ehe usw. und spezifische religiöse Vorstellungen werden häufig unzureichend berücksichtigt, führen dann zu unzutreffenden Einschätzungen über Bedarfe und ihre Beantwortung in Form passender Angebote.

Daneben können sich *rechtliche Barrieren* ergeben, die mit dem Aufenthaltsstatus zusammenhängen (z.B. bei Asylstatus lediglich eingeschränkte Möglichkeiten der medizinischen Versorgung)

Fehlendes Fachpersonal mit Migrationshintergrund kann ebenfalls eine Barriere darstellen, da über Fachpersonal mit Migrationshintergrund sprachliche und kulturelle Schwellen herabgesetzt werden können.

Fehlende aufsuchende und zugehende Beratungsangebote erschweren ebenfalls den Zugang von Familien mit Migrationshintergrund.

Grundsätzlich fehlt es mit Blick auf Personen und Familien mit Migrationshintergrund an bedarfsbezogenen und flexiblen Angeboten.

Auf Seiten der Personen und Familien mit Migrationshintergrund lassen sich die Zugangsbarrieren und -hemmnisse zu Regeldiensten danach einteilen, ob a) bereits *im Vorfeld einer Inanspruchnahme* bestimmte Rahmenbedingungen eine einfache Inanspruchnahme verhindern oder b) *nach einer Inanspruchnahme*.

Vor einer Inanspruchnahme sind es meist fehlende Informationen über das Regelsystem, die Migrantinnen und Migranten Zugänge erschweren. Hinzu kommt z.T. ein Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen auf der Basis schlechter Erfahrungen. Ein weiterer wichtiger Faktor sind tatsächliche und antizipierte Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Die Angst oder Unsicherheit nicht alle wichtigen Informationen zu verstehen oder sich lächerlich zu ma-

¹⁶ Hamburger 2004, S. 279

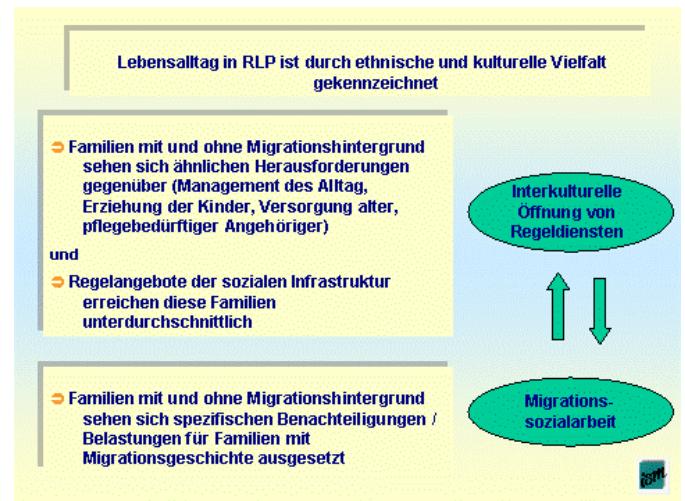
chen kann so eine Inanspruchnahme verhindern.

Nach einer ersten Inanspruchnahme verhindern schlechte Erfahrungen mit einer als nicht hilfreich oder angemessen empfundene Behandlung die (weitere) Inanspruchnahme (auch anderer) Regeldienste. Hierbei darf eine Verstärkung dieses Effekts über Mund-zu-Mund-Propaganda nicht unterschätzt werden.

3. Familien mit Migrationshintergrund: Bedarfe und Herausforderungen

Bedarfe von Migrantinnen und Migranten sind weniger durch den Migrationshintergrund selbst ausgelöst, sondern durch die mit dem Migrationshintergrund einhergehenden soziostrukturellen Faktoren und sozialen Benachteiligungen wie schlechte Bildungschancen, geringes Einkommen und Erwerbsbeteiligung.

Daneben und zugleich stehen Menschen und Familien mit Migrationshintergrund vor den gleichen Bewältigungsanforderungen und Herausforderungen wie jene ohne Migrationshintergrund, wenn es um Fragen der Erziehung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Pflege Angehöriger – kurz um nicht mehr und nicht weniger als die immer wieder tägliche Herstellung und Bewältigung eines gelingenden (Familien)Alltags geht. Allerdings sind auch spezifische Benachteiligungen und Belastungen für Familien mit Migrationsgeschichte auszumachen und Regelangebote der sozialen Infrastruktur erreichen diese Familien unterdurchschnittlich.



Personen und Familien mit Migrationshintergrund benötigen daher beides:

- Regelangebote und Soziale Dienste müssen sich für Migrantinnen und Migranten öffnen, um ihnen Hilfe und Unterstützung z.B. in Erziehungsfragen ebenso zukommen zu lassen, wie Familien ohne Migrationshintergrund (**Interkulturelle Öffnung und Arbeit**).
- Migrantinnen und Migranten brauchen daneben jedoch auch Angebote der **Migrationssozialarbeit**, die auf Fragen und Unterstützungsbedarfe, die unmittelbar mit dem Migrationshintergrund (z.B. Fragen des Aufenthaltsstatus) zusammenhängen, antworten.

Für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ergeben sich entsprechend ihrer Zusammensetzung und ihrer soziostrukturellen Rahmenbedingungen unterschiedliche Bedarfe. Nach wie vor sind Familien und Personen mit Migrationshintergrund besonderen Belastungen ausgesetzt:

- Der rechtliche Status als Ausländerin bzw. Ausländer und die Unsicherheit der Aufenthaltsperspektive belasten Familien.
- Rassismus, Erfahrungen der offenen und verdeckten Diskriminierung aufgrund des Rechtsstatus als Ausländerin bzw. Ausländer oder der kulturellen Herkunft können zu Enttäuschungen und dem Rück-

zug in die eigene ethnische Gruppe führen.

- Die kulturelle Auseinandersetzung mit dem Herkunftsland, den eigenen Werten und Normen und jenen der Einwanderungsgesellschaft (z.B. bei der Erziehung der Kinder) verlangen einen hohen Einsatz und entsprechende Sprachkenntnisse.
- Benachteiligungen schlagen sich auch weiterhin in Bezug auf Bildungs- und Erwerbsbeteiligung und in der Folge davon in schlechteren materiellen Verhältnissen und Wohnverhältnissen nieder.¹⁷

Die Heterogenität der verschiedenen Gruppen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hinsichtlich Aufenthaltsdauer, Nationalität, Aufenthaltsstatus, Migrationserfahrung und Wanderungsgeschichte zieht allerdings *auch unterschiedliche Bedarfe* nach sich. Familien mit Migrationshintergrund bewältigen aktiv ihren Alltag und sind handelnde Subjekte in ihrer Lebenswelt. Zudem unterscheiden sich Familien und Personen mit Migrationshintergrund in ihren Bedarfen ebenso wie Familien ohne Migrationshintergrund nach Alter, Familienstand, Einkommen, Lebenssituation, Anzahl und Alter der Kinder, eigener Bildung usw. Daher dürfen die Bedarfe von Migrantenfamilien nicht vorschnell generalisiert und auf alle übertragen werden. Bedarfe ergeben sich wie bei immer konkret bei den vor Ort lebenden Migrantinnen und Migranten, entsprechend müssen bedarfsgerechte Angebote immer unter Beteiligung der Migrantinnen und Migranten sowie unter Einbeziehung ihrer Lebenssituation und Problemstellungen einerseits und der regionalen Angebotsstruktur andererseits ausbuchstabiert werden, sollen sie nicht an dem, was aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer hilfreich wäre, vorbeigehen. Die Differenziertheit der unterschiedlichen Bedarfslagen erfordert differenzierte Konzepte.

Auf Basis der Zusammensetzung und der soziostrukturellen Merkmale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lassen sich zunächst all-

¹⁷ Paritätisches Wohlfahrtswerk e.V. (2007), S. 21 ff.

gemein (zukünftige) Herausforderungen für die Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz formulieren. Dabei gilt es jedoch auch hier stets die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vor Ort bei der Ausgestaltung von Angeboten zu betrachten.

Alter als Herausforderung

Alter und demografischer Wandel werden zunehmend auch zu einer Herausforderung für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Allgemein gleicht sich die Alterstruktur der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund derjenigen mit Migrationshintergrund zwar zunehmend an. Es bestehen jedoch in den Lebenslagen und Bedarfen teilweise auch Unterschiede. So sind ältere Menschen mit Migrationshintergrund einem *deutlich höheren Armutsrisiko* ausgesetzt, bedingt durch niedrigere Renten. Dies trifft v.a. alleinstehende Personen, da häufig noch das klassische Modell der männlichen Versorgerehe gelebt wird. Auch „sind ältere Migrantinnen und Migranten in stärkerem Maße von körperlichen Erkrankungen und Behinderungen betroffen als deutsche Seniorinnen und Senioren“.¹⁸ Aufgrund des durchschnittlich schlechteren Gesundheitszustandes ist zukünftig ein höherer Pflegebedarf zu erwarten.

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind oft in soziale Netzwerke eingebunden, die sich sehr stark auf innerethnische Beziehungen konzentrieren. Diese Netzwerke beinhalten ein hohes Potenzial gegenseitiger Unterstützung und Hilfe. Ebenso wie Personen ohne Migrationshintergrund stützen sich Migrantinnen und Migranten bei der Kompensation von alterbedingten Funktionsverlusten zunächst auf Unterstützungspersonen in ihrem sozialen Netzwerk in der Reihenfolge Partner, Kinder und Freunde. Erst zuletzt folgen professionelle Helferinnen und Helfer.¹⁹ Soziale Netzwerke können als Anknüpfungspunkte für Angebote der Altenhilfe

¹⁸ *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2005, S. 153*

¹⁹ *Baas 2008, S. 148 f.*

dienen und eine Mittlerfunktion übernehmen.²⁰ Tatsächlich werden ältere Migrantinnen und Migranten häufiger und länger in den Familien versorgt.²¹ Allerdings können die familiären und sozialen Beziehungsnetzwerke nicht in jedem Fall und nicht dauerhaft die Versorgung sicherstellen. Auch gibt es Hinweise darauf, dass gerade ältere Migrantinnen und Migranten zweckoptimistisch die familiären Hilfpotentiale überschätzen.²² Dies kann dazu führen, dass trotz eines hohen Hilfebedarfes entsprechende Angebote nicht oder nicht frühzeitig genug in Anspruch genommen werden. Hier bedarf es einer „kultursensiblen Altenhilfe und -pflege“²³, aber auch Angeboten der Bildung und Beratung. Migrantinnen und Migranten möchten wie alle anderen Menschen auch so lange wie möglich zuhause gepflegt werden, als Person geschätzt und mit Respekt behandelt, anerkannt und verstanden werden. Ältere Menschen und ihre Angehörigen benötigen hierfür Unterstützung und Hilfe in Form von Information und Weitervermittlung, konkreter Alltagshilfe, Beratung und Bildung um die Herausforderungen im Alter bewältigen zu können. Die Information und Unterstützung der Familien bei der Versorgung ihrer Angehörigen sowie die Sensibilisierung der Fachkräfte und Institutionen der Altenpflege für die Situation der Migrantinnen und Migranten sind aktuelle und zukünftige Herausforderungen angesichts des wachsenden Anteils älterer Menschen mit Migrationshintergrund.

Interkulturelle Kompetenz in der Pflege bedeutet:

- Wissen über die Situation der Migrantinnen und Migranten in Deutschland
- Empathie – Fähigkeit sich in den zu pflegenden Menschen mit anderem persönlichen und kulturellen Hintergrund hineinversetzen zu können und ihm Wertschätzung zu vermitteln.

²⁰ *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2005, S. 154*

²¹ *Messmer 2000, S. 12*

²² *Vgl. Vahsen 2000, S. 15*

²³ *Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2005, S. 156*

- Selbstreflexion über die eigene Person²⁴

Rheinland-Pfalz hat bereits auf diese Herausforderungen mit einem Begleitheft „Familien kultursensibel pflegen“ reagiert, die sich als praktische Alltagshilfe gezielt an Angehörige von pflegebedürftigen älteren Menschen mit Migrationshintergrund richtet.²⁵

Beispiel und Erkenntnisse aus der Praxis zum Nachlesen:

„Ältere Migrantinnen und Migranten in der Gesundheitsvorsorge Pilotprojekt BACI im Landkreis Alzey-Worms“²⁶

Bildung – frühkindliche, schulische und berufliche

Die Ergebnisse von PISA und IGLU zeigen, dass überproportional viele Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft unter dem Kompetenzniveau ihrer gleichaltrigen Mitschülerinnen und -schüler liegen. Das schlechte Abschneiden der Migrantinnen und Migranten im Bildungssystem verdeutlicht die Durchschlagskraft von strukturellen Benachteiligungen und Diskriminierungen im Bildungssystem. Hieraus ergibt sich die Aufgabe in Rheinland-Pfalz, systematisch die Integration möglichst frühzeitig zu befördern.

Familien mit Migrationshintergrund sind noch deutlich zurückhaltender, wenn es um den Besuch von Institutionen der frühkindlichen Bildung und öffentlichen Tagesbetreuung ihrer Kinder

²⁴ *Vgl. Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz 2006, S. 3*

²⁵ Das Begleitheft kann heruntergeladen werden unter: http://www.menschen-pfle-gen.de/files/1d5865ab5399c4ab506e5fc1a8152775/1074/Familien%20kultursensibel%20pflegen_Begleith eft_web.pdf

²⁶ <http://www.auslaender.rlp.de/auslaender/binarywriter/servlet?imgUid=f9a2e9e3-f200-b115-3a16-e5c3899d11eb&uBasVariant=99999999-9999-9999-9999-999999999999>

geht. Migrantinnen und Migranten sind in Kindertageseinrichtungen noch immer unterrepräsentiert, da sie meist ein anderes Familien(selbst)bild haben, in dem kindliche Erziehung zunächst Aufgabe der Familie respektive der Mutter ist. Damit liegen andere Vorstellungen von Erziehung in familialer und öffentlicher Verantwortung vor.²⁷ Zum Einen liegt die geringe Inanspruchnahme aber auch an der geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund, die in der Folge weniger auf eine professionelle Betreuungslösung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen sind. Zum Anderen liegt es jedoch auch an Unsicherheiten und schlechtem Zugang zu leicht verständlichen Informationen über das deutsche Bildungssystem, die es Migrantinnen und Migranten erschweren, die Reichweite und den Nutzen eines Angebotes abschätzen zu können. Die Inanspruchnahme scheint auch nicht unwesentlich mit den Kosten für den Besuch einer Kindertageseinrichtung zusammenzuhängen, da in den Bundesländern, in denen das letzte Kindergartenjahr kostenfrei ist (wie in Rheinland-Pfalz) ein höherer Anteil ausländischer Kinder und eine viel höhere Beteiligung von Familien mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen zu verzeichnen sind.

Der Integrationsplan der Bundesregierung betont für die frühkindliche Entwicklung die Sprachförderung und unterstreicht die Bedeutung der Kindertageseinrichtungen. Tageseinrichtungen für Kinder bilden einen guten Rahmen in dem eine „frühe systematische und verlässliche Sprachförderung, Unterstützung der Sprachentwicklung durch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher“²⁸ stattfindet. Eine intensive Begegnung mit der deutschen Sprache unterstützt gerade Kinder, die Zuhause kein Deutsch sprechen, in ihrer sprachlichen Entwicklung und ist eine gute Voraussetzung für schulischen Erfolg. Tageseinrichtungen für Kinder können zur Ermöglichung von Zweisprachigkeit beitragen. Migrationshintergrund und die Kenntnisse der

Herkunftssprache werden hierüber zu Ressourcen der (früh)kindlichen Entwicklung und Bildung. Ziel aller Maßnahmen ist die Verbesserung der „die Integration und der Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund – insbesondere durch die Unterstützung und Förderung der Sprachentwicklung von Anfang an und durch ausreichende Gelegenheit, so früh wie möglich gute Deutschkenntnisse zu erwerben.“²⁹ Der Bundesintegrationsplan sieht daher eine stärkere Implementierung des Themas frühe Förderung und hier v.a. Förderung der Sprachentwicklung im Programm Mehrgenerationenhäuser, den Lokalen Bündnissen für Familien, eine Qualifizierung der Kinderbetreuung im Rahmen der Integrationskurse des Bundes sowie eine Weiterentwicklung entsprechender Konzepte in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege vor.

Anregungen und Beispiele aus der Praxis:

Bereits 1979 hat Rheinland-Pfalz auf die veränderte interkulturelle Situation in Kindertagesstätten reagiert und fördert seitdem die „Einstellung von Zusatzkräften für interkulturelle Arbeit mit Landeszuschüssen. Mittlerweile arbeiten 316 Zusatzkräfte (Stand 16. November 2005) in Rheinland-Pfalz in dieser Funktion und es liegen reichhaltige und langjährige Erfahrungen vor, die die besondere Bedeutung dieser Fachkräfte in der Gestaltung des interkulturellen Zusammenlebens in den Kindertagesstätten unterstreichen.“³⁰ Diese Zusatzkräfte können zu wichtigen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden, wenn es um die Vernetzung von Angeboten im Bereich der Elternbildung und Elternarbeit geht.

²⁷ Vgl. Thole/Cloos/Rietzke 2006

²⁸ *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007, S. 48*

²⁹ *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007, S. 48-61*

³⁰ *Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Landesjugendamt 2006, S. 4*

Förderung auf dem Arbeitsmarkt „Benachteiligter“

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Infrastruktur und auf die Beschäftigung werden erheblich sein. In Rheinland-Pfalz und im Saarland können die nachrückenden Berufseinsteigerinnen und -einsteiger bereits heute die in die Rente ausscheidenden älteren Arbeitnehmerinnen und -nehmer nicht mehr vollständig ersetzen. Zukünftig wird ein harter Wettbewerb der Betriebe um die sinkende Zahl qualifizierter Nachwuchskräfte entbrennen.³¹

Junge Menschen, die in Rheinland-Pfalz die Schule ohne Abschluss verlassen, aber auch diejenigen, die im Bereich sprachlicher und mathematischer Fähigkeiten unterhalb des Durchschnitts liegen, benötigen Unterstützung, um ihr schulisches Grundwissen zu verbessern.³² Angebote im Lernumfeld (Hausaufgabenhilfe, Informationen der Eltern), Sprachförderung und Bildungspartnerschaften sind wichtige Aufgaben auch für Häuser der Familien neben einer Stärkung der interkulturellen Kompetenz des Bildungspersonals.

Angesichts des demografischen Wandels und des zukünftigen Fachkräftemangels schließen sich Aufgaben der Förderung Benachteiligter, der Jugendberufshilfe und der Unterstützung und (Weiter)Qualifizierung junger Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz an. Bewerbungstrainings und unterstützende Bildungsmaßnahmen können auch in den Häusern der Familien dazu beitragen, Benachteiligte bei der Integration in Ausbildung und Beruf zu unterstützen. Hinzu kommen Unterstützung und Begleitung bei der Ausbildungsplatzsuche und in der Ausbildung sowie Schaffung von Ausbildungsplatzmöglichkeiten als wichtige Herausforderungen.

Migrantinnen und Migranten können häufig nicht den Level ihrer bereits erworbenen beruflichen Qualifikation aus dem Herkunftsland halten, da Abschlüsse und Ausbildungen oftmals nicht anerkannt werden. Höher qualifizierte Migrantinnen

und Migranten erleben die Einwanderung daher häufig als beruflichen Abstieg und durchlaufen im weiteren Verlauf ihrer Biografie unterschiedliche berufliche Mobilitätsprozesse und Wendungen.³³ Informationen und Angebote zu den Themen Fort- und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Fragen der Betreuung sowie des Wiedereinstiegs in den Beruf nach Erziehungszeiten, stellen daher wichtige Unterstützungsleistungen dar.

Integration ist keine Einbahnstraße. Unternehmen und Ausbildungsstätten müssen sensibilisiert werden für die Potentiale und Ressourcen von Migrantinnen und Migranten, die z.T. eigenes Fachwissen aus anderen Ländern mitbringen, mehrere Sprachen fließend sprechen und mit einer Fülle von Fähigkeiten und Fertigkeiten Unternehmen bereichern können.

Armut und strukturelle Benachteiligung

Eine geringere Erwerbsbeteiligung sowie höhere Arbeitslosigkeit bedingen auch ein höheres Armutsrisiko von Menschen mit Migrationshintergrund. In Haushalten mit Migrationshintergrund leben durchschnittlich mehr Personen von einem oft geringeren Einkommen. Unstete Beschäftigung, Krankheit, Alter und Invalidität erhöhen das Risiko arm zu werden ebenso wie fehlende, oder schlechte Bildungsabschlüsse. Das Armutsrisiko von Kindern ist in der Vergangenheit stark gestiegen, so dass von einer „Infantilisierung“ der Armut gesprochen wird, die die Altersarmut abgelöst hat. Besonders Minderjährige in Haushalten von alleinerziehenden Müttern, in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Migrantenfamilien und Familien mit 3 oder mehr Kindern weisen ein hohes Armutsrisiko auf.³⁴ Hier stellt sich die Aufgabe Teilhabechancen zu eröffnen und alltagsnahe Hilfen anzubieten. Nur eine dauerhafte Integration in die Arbeitsgesellschaft verringert die Wahrscheinlichkeit arm zu werden.

³¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit 2008, S. 3

³² Vgl. Granato 2003, S. 474

³³ Vahsen 2000, S. 24

³⁴ BMFSFJ 2005:2. Armuts- und Reichtumsbericht 2005, S.101ff).

Entwicklungsbedarfe der Interkulturellen Öffnung von Regelangeboten

Kinder/Jugendliche und Gesundheit: Schichtzugehörigkeit, soziale Lage, geringes Einkommen oder niedriger Bildungsstand bedingen häufig einen schlechteren Gesundheitszustand (unge-sund ernährt, häufiger übergewichtig, körperlich weniger aktiv). Allerdings kann nicht in allen Bereichen von einer schlechteren Versorgung gesprochen werden: So lassen sich Migrantinnen und Migranten z.B. deutlich mehr impfen als die deutsche Bevölkerung.³⁵ Im Bereich Gesundheit und Pflege bestehen derzeit jedoch noch höhere Zugangsbarrieren zu Angeboten der Gesundheitsversorgung und -vorsorge wie beispielsweise Sprachbarrieren, differierende Krankheitskonzepte oder soziale Integrations-hürden für Frauen und Männer mit Migrations-hintergrund. Hier gilt es zu analysieren und zu prüfen, wie die Zugänge zum System der ge-sundheitlichen Versorgung stärker für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet werden können, so dass eine gleichberechtigte Teilhabe erreicht werden kann. Daneben müssen die An-forderungen und notwendigen Rahmenbedin-gungen für eine kultursensible Pflege diskutiert werden.³⁶

Behinderung: Migrantinnen und Migranten ver-fügen oft nur über mangelnde Informationen über die Versorgungsmöglichkeiten für behin-derte Menschen. Gründe dafür liegen zum einen im sprachlichen Bereich. Zum anderen berück-sichtigen die deutsche Behindertenhilfe und das Gesundheitswesen mit ihren Informationen die Menschen mit Migrationshintergrund als Ziel-gruppe kaum. Daher widmete sich das V. Integ-rationforum Rheinland-Pfalz diesem Thema.³⁷

³⁵ Vgl. *Beauftragte der Bundesregierung 2005*, S. 146

³⁶ *Landtag Rheinland-Pfalz 2008*, S. 3

³⁷ *Die Dokumentation "Behinderung und Migration - doppelte Hürde?" kann kostenlos bei der Beauftrag-ten der Landesregierung für Migration und Integration (Siehe Serviceteil) angefordert werden.*

Anregungen und Beispiele aus der Praxis:

Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland ein eigenes Landesgesetz zur Herstellung gleich-wertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung verabschiedet.³⁸ Darüber hinaus wurde auf Anregung der Landesbeauftragten (seit 2003) ein Netzwerk mit Ziel der kulturellen Öffnung der Angebote für Migrantinnen und Migranten mit Behinderungen gegründet.

(Familien)Bildung und Stärkung der Beziehungs- und Erziehungskompetenzen: Familien mit Migrationshintergrund werden von Angeboten der Familienbildung bislang noch zu wenig er-reicht, allerdings werden sie „allein schon auf-grund ihrer zahlenmäßigen Relevanz in Zukunft wichtige Zielgruppen der Familienbildung dar-stellen. Es gibt bereits Modelle, die speziell für niedrigschwellige Familienbildung für Migranten-familien ausgearbeitet sind und gute Akzeptanz finden. Diese auszubauen und für weitere spe-zielle wie allgemeine Familiensituationen Ange-bote zu entwickeln, wird daher eine wichtige Aufgabe der Familienbildung sein.“³⁹

Partizipation/Jugendverbände: Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in der Jugendarbeit weit unterproportional vertreten und in der Ju-gendverbandsarbeit nur marginal beteiligt. Nur 16% Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu 38% deutscher Jugendlicher parti-zipieren in Jugendvereinen (hier v.a. Sport, Ge-werkschaft und Migrantenselbstorganisations-ten)⁴⁰ Kinder und Jugendliche mit Migrations-hintergrund verbringen ihre Freizeit größtenteils in innerethnischen Freundschaften, in denen aber Deutsch und die Herkunftssprache gleicherma-ßen genutzt werden. Eine Orientierung auf die eigene Herkunftskultur bedeutet daher nicht,

³⁸

http://www.masfg.rlp.de/pictures/infomaterial/64%5C_Landesgleichstellungsgesetz.pdf

³⁹ *Rupp 2003*, S. 48 f.

⁴⁰ Vgl. *Beauftragte der Bundesregierung 2005*, S. 159 ff.

dass Jugendliche mit Migrationshintergrund am liebsten unter sich sind und eine Beschäftigung mit der deutschen Kultur oder Sprache ablehnen. Eine Neuausrichtung der Jugendverbandsarbeit und eine interkulturelle Öffnung sind noch immer nicht zufrieden stellend erfolgt. Ähnlich wie bei den Freundschaften zeigt sich auch beim verbandlichen Engagement, dass die Mitgliedschaft sich über den eigenen sozialen Background steuert und Schließungsprozesse stattfinden, wenn keine Passungen zum Milieu charakter des Verbandes und der gemeinsam geteilten Verbandskultur hergestellt werden können.⁴¹ Migrantenselbstorganisationen können hier Brücken zur organisierten Jugendarbeit in der Mehrheitsgesellschaft bilden, um allen Kinder und Jugendlichen wichtige Felder der non-formalen und informellen Bildung zu ermöglichen. Angebote der offenen Jugendarbeit und Angebote der Jugendsozialarbeit genießen als Treffpunkte vor Ort und als Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf hohe Akzeptanz bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund und sind daher ebenfalls gute Ankerpunkte für Kooperationen.⁴²

4. Anforderungen an die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote für Familien mit Migrationshintergrund

Den Herausforderungen der interkulturellen Öffnung von Regeldiensten stehen Gestaltungsanforderungen an eine sich für Migrantinnen und Migranten öffnende Infrastruktur gegenüber.

Notwendige Elemente Interkultureller Öffnung von Angeboten, Diensten und Einrichtungen

Interkulturelle Öffnung

- ...ist Leitungsaufgabe und muss auf Einrichtungsebene im Leit-/Organisationsbild verankert werden.

- ...setzt einen Perspektivenwechsel vom Defizit-Ansatz zum Blick auf Ressourcen der Migrantinnen und Migranten voraus.
- ...braucht kultursensible Angebote;
- ...bedarf der Förderung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten statt einer „ethnischen Arbeitsteilung“
- ...ist fester Bestandteil von Fort- und Weiterbildung
- ...meint Kooperation statt Konkurrenz mit Migrantinnenorganisationen.

Auf der Ebene des *Leitbildes* sollten Familien mit Migrationshintergrund als „Kunden“ ausdrücklich gewünscht sein. Es geht nicht zuletzt um die Schaffung von Sicherheit und Vertrautheit durch Gestaltung der Räumlichkeiten und „Willkommengesten“.

Fachpersonal mit Migrationshintergrund, muttersprachliche Beratungsangebote sowie die interkulturelle Kompetenz des Teams erleichtern den Zugang und verhindern, dass Angebote für „die Migrantinnen und Migranten“ alleinige Aufgabe der Fachkraft mit Migrationshintergrund ist.

Eine bedarfsbezogene Ausrichtung der Unterstützungsangebote für Familien mit Migrationshintergrund und ein enger Bezug der Angebote auf den Alltag und die Lebenslagen der Familien im Sozialraum sind wichtig für eine gelingende Interkulturelle Öffnung. Hierfür müssen potentiellen Nutzerinnen und Nutzer von Angeboten und ihre Bedarfe kennen gelernt werden. Wichtig ist dabei, dass die Familien als Akteure und nicht primär als Zielgruppe von Maßnahmen anerkannt werden. Ziel ist eine Stärkung der Problembewältigungs- und Selbsthilfekompetenz. Das bedeutet auch den Kompetenzzuwachs durch das Aufwachsen in zwei Kulturen und die spezifischen Ressourcen von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen und auf sie zurück zu greifen. Ressourcenorientierung wird zur Querschnittsaufgabe, in der nicht nur die Bedarfe, sondern auch die Potentiale der Nutzergruppen systematisch in die Konzeption und Bereitstellung von Angeboten einfließen müssen.

⁴¹ Vgl. Sturzenhecker 2007

⁴² Vgl. Beauftragte der Bundesregierung 2005, S.

Zugänge müssen erleichtert werden über mehrsprachiges Informationsmaterial und über den Aufbau von Kontakten zu und der Zusammenarbeit mit Multiplikator/innen und Netzwerken. Notwendig sind einfache Zugangswege in Form eines Zusammenspiels von räumlicher Konzentration vernetzter Angebote einerseits und dem Aufbau von Geh-Strukturen andererseits.

Interkulturelle Öffnung von Regeldiensten und interkulturelle Angebote müssen in sozialräumliche Strukturen eingebunden werden. Über die Vernetzung mit Selbstorganisationen, Migrationsdiensten, Netzwerken und anderen Akteurinnen und Akteuren können:

- Informationen besser weitergegeben werden,
- Konkurrenzen durch ein Wissen der Anbieterinnen und Anbieter umeinander verringert werden und
- Ressourcen wie Kenntnisse der Bedarfe vor Ort und Erfahrungen mit verschiedenen Formen von Angeboten

besser genutzt werden.

Die *Förderung freiwilligen Engagements* und Bereitstellung von Möglichkeiten für Selbstorganisationen im Haus der Familie zu partizipieren sind zentraler Bestandteil einer Öffnung nach innen und außen. Auf die Bedeutung von Migrantenorganisationen in der interkulturellen Öffnung von Regeldiensten, aber auch in der Bereitstellung spezifischer Angebot für Migrantinnen und Migranten wird im Abschnitt C dieser Handreichung noch einmal näher eingegangen.

Interkulturelle Kompetenz:

Interkulturelle Kompetenz kann als eine um kulturelle Kompetenz erweiterte Form sozialer Kompetenz beschrieben werden. Sie beinhaltet Kommunikations- und Handlungsfähigkeit in kulturellen Überschneidungssituationen und damit die Fähigkeit, mit Angehörigen einer anderen Gruppe bzw. Kultur zur wechselseitigen Zufriedenheit unabhängig, wirkungsvoll und kultursensibel interagieren zu können.

Zur interkulturellen Kompetenz gehören folgende Faktoren: eine Haltung des Respekts und der

Achtung im Umgang mit unterschiedlichen Lebenswelten, Reflexionsfähigkeit gegenüber der eigenen Person und dem eigenen Standpunkt, gegenseitige Anerkennung, die Fähigkeit zum konstruktiven Umgang mit Offenheit und Neugier, das Einbeziehen von Netzwerken und Sprachen der Klienten, Fachwissen, aber auch die Fähigkeit, Nicht-Verstehen und Nicht-Wissen aushalten zu können sowie die Fähigkeit, kulturelle Unterschiede zu erkennen, und diese, wenn notwendig zu berücksichtigen, ohne dabei Themen, Fragestellungen und Probleme zu kulturalisieren. Interkulturelle Kompetenz ist ohne eine grundlegende professionelle soziale und methodische Kompetenz in der sozialen Arbeit nicht erfolgreich einsetzbar.

Sie stellt demnach eine Dimension der professionellen Kompetenz dar „sich auf andere einstellen zu können.“⁴³

Interkulturelle Kompetenz erfordert:

- eigene stereotype Wahrnehmungsmuster im Kontakt mit Menschen anderer kultureller Traditionen und Lebensformen zu reflektieren und die Heterogenität dieser Zielgruppen anzuerkennen
- zu lernen, Beratungskontakte mit Klientinnen und Klienten aus sprachlich und kulturell anderen Milieus nicht mit kulturalisierenden Zuschreibungen zu beginnen sowie offene Fragen zu stellen und eine
- Überprüfung der Frage, ob kulturelle bzw. migrationspezifische Faktoren für die Bearbeitung anstehender Probleme wichtig sind oder vernachlässigt werden können.

Das rheinland-pfälzische Integrationskonzept hebt v.a. die folgenden Eigenschaften besonders hervor:

- Empathiefähigkeit,
- Ambiguitätstoleranz: Situative und kulturelle Verhaltens- und Entscheidungsun-

⁴³ Aus : http://www.tik-iaf-berlin.de/files/TIK_Kompetenz_2003All.pdf , S. 26

sicherheit aushalten zu können, ohne auf Vorurteile zurück zu greifen,

- Konfliktlösungskompetenz,
- Selbstreflexion: Auseinandersetzung mit eigener kultureller Herkunft,
- Kulturelles Wissen.

Ziel ist es bei der Ausgestaltung von Diensten, Angeboten sowie Möglichkeiten der Partizipation und des Engagements stets die unterschiedliche Lebenssituationen, Bedürfnisse und Interessen von Migrantinnen und Migranten von vornherein und regelmäßig mit zu bedenken (Idee des „cultural Mainstreaming“).

Anregungen und Beispiele aus der Praxis:

Inzwischen haben alle großen Wohlfahrtsverbände und Organisationen Leitlinien zur interkulturellen Öffnung von Angeboten und Diensten (AWO, Rotes Kreuz, Diakonie, Caritas, BAGFW (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände) Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutscher Sportbund) vorgelegt.

⁴⁴

⁴⁴ Die Handreichung der Caritas findet sich z.B. unter:

http://ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality_stocktaking/contributions/docs/contrib44-1.pdf

B. Modelle und Strategien der Öffnung

Vorbemerkung

Die folgenden Modelle und Strategien gehen auf die Diskussionsergebnisse einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus Häusern der Familie, Jugendhilfeplanerinnen und der wissenschaftlichen Begleitung zurück. In der Arbeitsgruppe arbeiteten zum einen Häuser mit viel Erfahrung in der Migrationsarbeit sowie der Öffnung von Regelangeboten zum anderen aber auch Häuser, die sich gerade erst auf den Weg machten, mit. So konnten sowohl erste Erfahrungen über gelingende Strategien ausgetauscht, als auch neue Fragen und Hemmnisse vor Ort ausführlich diskutiert werden.

Die rheinland-pfälzischen Häuser der Familien unterscheiden sich deutlich hinsichtlich des Ausmaßes der fachlichen *Vorerfahrungen in der Arbeit mit Familien mit Migrationshintergrund*. Einige Träger der Häuser verfügen über langjährige Erfahrungen in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten, bieten selbst Migrationserstberatung oder Sprach- und Integrationskurse an. Andere entdecken gerade erst Personen und Familien mit Migrationshintergrund als wichtige Nutzergruppen für das Haus der Familie. Modelle, Strategien und ihr Erfolg hängen nicht zuletzt von diesen Vorerfahrungen und bereits bestehenden Kontakten zu Migrantinnen und Migranten wie auch Fachdiensten und Migrantenorganisationen ab.

Eine genaue Kenntnis der potentiellen Nutzerinnen und Nutzer – sprich der Familien und Personen mit Migrationshintergrund vor Ort – ist damit eine Grundvoraussetzung für die Gestaltung passgenauer Angebote. Strategien und Modelle müssen daher immer in Abhängigkeit der Gruppen und ihrer Bedarfe und Zugangsbarrieren individuell angepasst werden unter der Fragestellung: Wer sollte aufgrund welcher Bedarfe mit welchen Angeboten erreicht werden? Wie kann das Haus der Familie Zugänge für die

potentiellen Nutzerinnen und Nutzer schaffen und erleichtern – oder wie kann wer mit welchen Angeboten vom Haus der Familie vor Ort gut erreicht werden?

Als Bestandteil einer familiengerechten Infrastruktur in ihrer Mischung aus Komm- und Gehstrukturen und der Verbindung von unterschiedlichen Angeboten miteinander und unter einem Dach kommt Häusern der Familie die Aufgabe, aber auch eine besondere Chance zu, Zugänge zu Regelangeboten und Diensten für Migrantinnen und Migranten zu erleichtern.

In den Handlungsempfehlungen „Niedrigschwelliger Zugang zu familienunterstützenden Angeboten der Kommunen“⁴⁵ nennt der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. aus der Perspektive der Adressatinnen und Adressaten eine Reihe von Kriterien, die familienunterstützende Angebote erfüllen müssen um möglichst alle Personen und Familien erreichen zu können. Viele der nachfolgenden Empfehlungen gelten nicht nur in Bezug auf eine Erreichbarkeit von Familien mit Migrationshintergrund, sondern auch für eine Öffnung für alle Familien und Personen. Wichtig ist es, die Forderungen und Kriterien jeweils vor Ort auf die konkrete Nutzergruppe zu beziehen. Auch hier gilt es wieder zu beachten, dass nicht der Migrationshintergrund an sich zu problematisieren ist, aber die mit ihm verknüpften soziostrukturellen Merkmale der Lebenslage (Arbeitslosigkeit, geringeres Einkommen, Bildungsbenachteiligung usw.):

- Niedrigschwellige Angebote berücksichtigen die Gegebenheiten vor Ort und richten sich in ihren Inhalten am Alltag von Familien aus. Sie erreichen Familien in ihrer eigenen Umgebung, aktivieren und unterstützen vorhandene Ressourcen durch geeignete Hilfeangebote. Sie sollten an Orten, die von Familien ohnehin aufgesucht werden (wie z.B. KITAS, Schulen), angeboten werden und eine Mischung von Komm- und Geh-Struktur aufweisen. Auf diese Weise können auch

⁴⁵ Vgl. Deutscher Verein 2005

die Familien erreicht werden, die z. B. Hemmungen haben, Hilfe und Unterstützung in einer Beratungsstelle zu suchen. Zu denken ist hier auch an Angebote via Internet und Telefon. (**Alltagsnähe**)

- Angebote, die während der Arbeitszeiten stattfinden, können von berufstätigen Eltern nicht wahrgenommen werden. Daher sind familienfreundliche Öffnungszeiten, die Berufszeiten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten berücksichtigen, notwendig. (**Familienfreundliche Öffnungszeiten**)
- Gebühren dürfen eine Teilnahme nicht erschweren oder verhindern, damit Angebote für alle erschwinglich und zugänglich sind. (**erschwingliche Kosten**)
- Familienunterstützende Angebote sollten direkt und unbürokratisch verfügbar sein. Konkret bedeutet dies: keine Anmeldefristen und kurze Wartezeiten. (**Unbürokratisch**)
- Familien sollten sich ohne bürokratische, organisatorische oder verfahrensrechtliche Hürden mit persönlichen und familiären Problemlagen an Dritte wenden können, und zwar ohne die Angst vor Stigmatisierung. (**Vertraulichkeit**)
- Die Angebote sollten auf die Selbstverantwortung der Eltern abstellen und freiwillig in Anspruch genommen werden können. (**Freiwilligkeit**)
- Damit Familien durch Angebote und Leistungen Unterstützung erfahren können, müssen sie über die örtliche Angebotsstruktur informiert sein. Dies stellt in der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft durchaus eine Herausforderung dar. Häufig sind Eltern nur unzureichend über die bestehenden Dienste und Angebote informiert. Durch Flyer und Broschüren, zweisprachige Infoabende und Kurse, eine Zusammenarbeit der Akteurinnen und Akteure von Familienbildung mit Multiplikatoren, Selbsthilfegruppen und Vereinen kann sichergestellt

werden, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ausreichend über Unterstützungsangebote informiert sind. (**Zugängliche Informationen**)

- Ebenso gilt es den weltanschaulichen Hintergrund zu beachten. Migrantinnen und Migranten erfahren häufig eine Diskrepanz zwischen familialen Traditionen und öffentlich erlebten Lebensweisen, zwischen religiösen Weisungen und moderner Beliebigkeit. Angebote sollten diese Unsicherheiten berücksichtigen. (**Weltanschauung**)
- Im Sinne des Gender-Mainstreaming müssen gendersensible Angebote und Mischangebote vorgehalten werden (z.B. Mütter- und Väterarbeit, Paararbeit). (**Gender**)
- Schließlich sollte die Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit der Angebote sichergestellt werden. Leistungen sollten aufeinander abgestimmte und verweisende Angebote bereithalten, die den Zugang zu anderen Anbietern erleichtern. Häuser der Familien können eine solche inhaltliche und institutionelle Abstimmung in ihrem Hause fördern und eine unbürokratische Weitervermittlung von Familien unter den beteiligten Personen, Institutionen und Organisationen im Netzwerk gewährleisten. (**Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit**)

Als guten Ansatzpunkt, um Schwellen zu senken und Zugänge zu erleichtern nennt der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Angebote unter einem Dach, da sie eine Stigmatisierung verhindern. Die Häuser der Familien zielen darauf ab, unterschiedliche fördernde, unterstützende und beratende Angebote für Familien in räumlichen Einheiten (unter einem Dach) zusammen zu führen. In der Erprobung neuer Wege in der Zusammenarbeit unterschiedlicher staatlicher und privater Akteure sowie von Professionellen und Laien in der Verbindung verschiedener Träger, unterschiedlicher Angebote und Leistungen für Familien unter

einem Dach können Angebote und Dienste stärker inhaltlich aufeinander bezogen und Zugangsbarrieren für bestimmte Zielgruppen abgebaut werden.

1. Menschen mit Migrationshintergrund als Nutzerinnen und Nutzer von Angeboten des Hauses der Familie

Welche Angebote werden bereits von Migrantinnen und Migranten genutzt und welche Erfahrungen liegen hierzu vor? Zahlreiche Angebote werden in den Häusern der Familien bereits von Migrantinnen und Migranten genutzt. Die *Anlässe* für die Nutzung von Angeboten des Hauses seitens Migrantinnen und Migranten wurden entsprechend der Angaben der Häuser der Familien in der Arbeitsgruppe gesammelt und gruppiert. Sie können als gelungene Beispiele dienen, über welche Angebote Migrantinnen und Migranten erreicht werden können.

Inszenierte Begegnungen – kultureller Dialog:

Hiermit sind Angebote gemeint, in denen vor allem der Austausch über die Sprache, Küche, Musik, Religion der eigenen und anderer Kulturen im Mittelpunkt steht. Diese Angebote machen kulturellen Hintergrund ganz bewusst zum Thema des Austausch und des wechselseitigen Kennenlernens. Wichtig sind hierbei Neugier und eine Offenheit Neues zu entdecken und sich auf die Perspektive des Gegenübers einzulassen. Kulturelle Vielfalt wird als Bereicherung aufgefasst und Kompetenzen der Migrantinnen und Migranten können explizit aufgegriffen werden. Genannt wurde hier z.B. ein musikalisch-literarisches Quartett, in dem wechselnd jeweils die Lesungen und Musikvorführungen sowie Diskussionen zu einem Austausch über den Tellerrand einladen. Als weitere Beispiele für diese Form der Angebote lassen sich auch Biographientische sowie Geschichtsprojekte von Deutschen und Aussiedlerinnen und Aussiedlern nennen, in denen eine gemeinsame Aufarbeitung unterschiedlicher Sichtweisen auf die eigene Geschichte im Fokus steht. Die Angebote versuchen über ein gemeinsames Thema

(Biographien, Literatur, Kochen, Spiele, Musik) unterschiedliche Kulturen erlebbar zu machen. Bei der Durchführung dieser Angebote ist es jedoch ebenfalls wichtig, neben dem kulturellen Austausch auch die Gemeinsamkeiten hervorzuheben, um nicht eine kulturalisierende Fremdperspektive entlang des Mottos „wir und die anderen“ zu verfestigen.

Sprachangebote:

Hierunter versammeln sich vielfältige Angebote. Dazu gehören Sprachkurse (die auch dezentral in Kitas angeboten werden), Leselernhelfer in Kitas und im Haus der Familie, Integrationslotsen, ein „Internationaler Presseclub“, Herkunftssprachkurse, aber auch ein „Gesprächskreis“ deutsch, in dem sich Migrantinnen und Migranten über ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache austauschen. Als weitere Angebote lassen sich nennen:

- Hausaufgabenhilfe (von pensionierten Lehrerinnen und Lehrern)
- Tausch-/2. Hand-Börsen
- Tafel

Bedenkenswert war außerdem, dass *Angebote häufig als Sprungbrett* genutzt werden, z.B. bis der Aufenthalts- oder der Rechtsstatus geklärt ist und andere Dienste und Angebote genutzt werden können.

Darüber hinaus nehmen Migrantinnen und Migranten aber auch individuell Information, Vermittlung und Hilfe bei Formularen und Ämtern in Anspruch.

Differenziert nach den Leistungsbereichen der Häuser der Familien – Information und Alltagshilfe, Beratung sowie Bildung – wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Arbeitsgruppe Zugangsbarrieren und -schwierigkeiten von Personen und Familien mit Migrationshintergrund identifiziert. Ausgehend von den identifizierten Zugangsbarrieren wurden Strategien gesammelt, wie sich die entsprechenden Barrieren überwinden lassen und Zugänge geschaffen

werden können. Dabei wurde noch einmal gesondert reflektiert, mit welchen Partnerinnen und Partner hierbei zusammengearbeitet werden muss. Die Strategien zur Überwindung der Barrieren reichen von inhaltlich-konzeptionellen Hinweisen über organisatorisch-strukturelle Maßnahmen bis hin zu bereits erfolgreich durchgeführten Angeboten und Konzepten (best-practice-Beispielen).

Nachstehend erfolgen die Gegenüberstellung von Barrieren und entsprechenden Strategien sowie die dazu erforderlichen Kooperationen nach den jeweiligen Leistungsbereichen der Häuser der Familien. Die Frage, wie Personen und Familien mit Migrationshintergrund als Aktive für eine Mitarbeit und Beteiligung in den Häusern der Familien gewonnen werden können und was es hierbei zu beachten gilt, wird im Anschluss gesondert betrachtet.

1.1 Strategien zum Abbau von Zugangsbarrieren bei Angeboten der Information und Alltagshilfe

Zu den am häufigsten genannten Barrieren bei Angeboten der Information zählen sprachliche Hindernisse und entsprechend fehlende oder unpassende Informationen. Hinzu kommen unterschiedliche Vorstellungen und Bedarfe.

Familien mit Migrationshintergrund werden über die herkömmlichen Arten der Ansprache und Information unzureichend angesprochen. Gelingende Strategien sind hier die Erstellung von Flyern und Infomaterial in den gängigen Muttersprachen, Werbung in muttersprachigen Sendungen des Lokalfunks oder der muttersprachigen Zeitungen.

TIPP:

Dolmetscherlisten sind häufig bei den Stadtverwaltungen erhältlich

„Scham“ oder Verunsicherungen durch vorherige Kontakte mit anderen „Behörden“ verhindern häufig eine selbstverständliche Inanspruchnahme

von Information und Alltagshilfe. Migrantinnen und Migranten scheuen sich häufig Information, Hilfe und Unterstützung zu suchen und anzunehmen. Die Angst aktenkundig zu werden, negative Erfahrungen mit anderen Diensten und Behörden, aber auch die Unsicherheit, ob für die Dienstleistungen Kosten anfallen oder Unterstützungsleistungen gekürzt werden, verhindern nicht selten eine Inanspruchnahme. Gerade bei Alltagshilfen wie der Tafel oder Kleiderkammern spielt Scham ebenfalls eine große Rolle. Auch existiert häufig eine Verunsicherung darüber, ob die Hilfe für den eigenen Kulturkreis passt.

Gute Erfahrungen wurden mit *direkter persönlicher Information durch Vertrauenspersonen*, Migrantenorganisationen, Vereinen und Religionsgemeinschaften der jeweiligen „Community“ gemacht. *Mund-zu-Mund-Propaganda* und die Einladung, beim nächsten Mal gerne (weitere) Personen mitzubringen, helfen Schwellen herabzusetzen und wirken in Form eines *Schneeballsystems*.

Wichtig ist in offenen Angeboten und Vertrauen zu schaffen, durch gezieltes persönliches Vorstellen. Der persönlichen Ansprache und Bedarfsermittlung kommt eine entscheidende Rolle zu, um eine für Migrantinnen und Migranten auch als sinnvoll erfahrene Öffnung von Regelangeboten zu erreichen.

TIPP:

Vereine lassen sich über das Vereinsregister bei den Amtsgerichten auffinden.

Informationen zu Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften sind auch bei den kommunalen Ausländerbeiräten bzw. den neuen Beiräten für Migration und Integration erhältlich.

PROJEKTBEISPIEL InDica – Information zum Bildungs- und Sozialwesen in Deutschland

Im November 2002 startete InDica als Teilprojekt von InPact. Ziel des Projektes ist es insbesondere jene Eltern zu erreichen, die deutschsprachige Gesprächs- und Beratungsangebote

nicht wahrnehmen und ihnen umfassendes Wissen über das rheinland-pfälzische Schulsystem und die Formen der Elternmitwirkung in der Schule, über Sprachförderung und Mehrsprachigkeit, über Berufswahl und Ausbildungswege an Eltern weiterzugeben. Diese Veranstaltungen finden in den Muttersprachen der Eltern statt. Bisher fanden über 100 Elterninformationsveranstaltungen in den Sprachen Bosnisch, Arabisch, Albanisch, Kroatisch, Russisch, Türkisch, Ukrainisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch und Vietnamesisch statt. Insgesamt haben in Mainz, Germersheim/Haßloch, Trier, Koblenz, Ludwigshafen und Landau über 1300 Eltern an den Informationsveranstaltungen teilgenommen.

Die Elternveranstaltungen werden von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die durch ihren eigenen Migrationshintergrund und ihre jeweilige Tätigkeit einen guten Zugang zu den Eltern haben, selbständig organisiert, beworben und durchgeführt. Seit Beginn des Projektes konnten an sechs Standorten in Rheinland-Pfalz über 130 Menschen mit Migrationshintergrund, zumeist Mitglieder von Migrantenorganisationen, Muttersprachenlehrerinnen und -sprachler u.a., gewonnen werden, um in ihrer Muttersprache Informationsveranstaltungen für Eltern durchzuführen. Zur Vorbereitung auf diese Aufgabe werden für diese Multiplikatorinnen und Multiplikatoren kostenlose Fortbildungsveranstaltungen angeboten:

Themen der Schulungen und der darauf basierenden Elternveranstaltungen

- Bildungswege in Rheinland Pfalz
- Schulstruktureform in Rheinland-Pfalz
- Elternrecht und Elternpflicht
- Wege in den Beruf
- Berufsausbildung praktisch
- Harz IV – Folgen für Jugendliche
- Mehrsprachigkeit
- Methodikschulungen

Im Jahr 2008 erfolgte die strukturelle Verankerung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an den jeweiligen Standorten. Sie sollen vor Ort als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Migrantinnen und Migranten sowie Institutionen gleichermaßen etabliert werden.⁴⁶

Ebenso wie bei Familien ohne Migrationshintergrund besteht eine wesentliche Strategie, Familien über Angebote zu informieren und für eine Teilnahme zu begeistern, darin, *an die Orte zu gehen, an den Familien sich aufhalten* bzw. die sie selbstverständlich nutzen wie Kindertrageseinrichtungen, Schulen, Geschäfte Kioske und Wochenmärkte. Hier können Informationen ausgelegt, Infoveranstaltungen durchgeführt werden und kann ein persönliches Zugehen auf potentielle Nutzerinnen und Nutzer erfolgen. Eine Strategie Familien mit Migrationshintergrund anzusprechen, besteht in Angeboten der Kinderbetreuung (z.B. während des Wochenmarkts).

Projekt Aktivpatenschaft – Integrationslotse/-lotsin Haus der Familie Wittlich:

In dem für 2009 geplanten Kooperationsprojekt von dem Haus der Familie Wittlich, der Kreisverwaltung und weiteren Partnerinnen und Partnern sollen ehrenamtliche Integrationslotsen aller Altersschichten, möglichst mit eigenem Migrationshintergrund Migrantinnen und Migranten auf unterschiedlichste Weise unterstützen: beim Spracherwerb, bei Behördengängen, bei Jobsuche, in Alltagssituationen bei der kulturellen Integration. Die Integrationslotsinnen und -lotsen erhalten Fortbildung in migrationsspezifischen Fragen und in Fragen des ehrenamtlichen Engagements.

1.2 Strategien zum Abbau von Zugangsbarrieren bei Angeboten der Bildung

Bildungsangebote treffen bei Migrantinnen und Migranten nicht auf ein klassisch-deutsches Bildungsmilieu. Ebenso wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegen auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr unterschiedliche Lebenslagen und Lebenswelten vor, in denen unterschiedliche Bedarfe nach Bildung

⁴⁶ <http://www.inpact-rlp.de/indica/indica.php>

und unterschiedliche Bildungsgewohnheiten vorliegen. Mögliche Kosten, ein „verkopftes Curriculum“ und die Angebotsform der Kurse können eine selbstverständliche Wahrnehmung von Bildungsangeboten verhindern. Bei der Ausgestaltung von Angeboten gilt es daher verschiedenen Formen und Bildungssettings zu berücksichtigen und auf die jeweilige Zielgruppe zuzuschneiden (Infoabende, Vorträge, Kurse, Trainings etc.)

Familien mit Migrationshintergrund werden z.B. aufgrund vorhandener sprachlicher und/oder kultureller Barrieren mit Angeboten der Familienbildung häufig nicht erreicht oder ihre spezifischen Problemlagen wie z.B. Fragen zur zweisprachigen Erziehung nicht oder nicht genügend aufgegriffen.⁴⁷ Andere Wertigkeiten spielen ebenso eine Rolle wie sprachliche oder kulturelle Verständigungsprobleme. Daher gilt es gut abzuwägen, welche Angebote für welche Zielgruppen am besten durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit dem gleichen Migrationshintergrund in der Herkunftssprache angeboten werden und für welche Zielgruppen bestehende Angebote wie interkulturell geöffnet werden können. Ein homogeneres Publikum, das z.B. nur einen bestimmten Migrationshintergrund aufweist – wo Migrantinnen und Migranten erst einmal „nur unter sich“ sind – kann Unsicherheiten und die Angst, Fehler zu machen, reduzieren.

Eingeschränkte Wahl- und Handlungsmöglichkeiten der Frauen mit Migrationshintergrund und fehlende Kinderbetreuung verhindern ebenfalls eine selbstverständliche Inanspruchnahme von Bildungsangeboten. Geschlechtsspezifische Angebote und eine Kinderbetreuung während der Bildungsangebote können Barrieren senken und Zugänge erleichtern.

Im Bereich der sprachlichen Bildung werden zudem vor Ort nicht selten zu viele Angebote nebeneinander vorgehalten, sodass Unsicherheiten entstehen und Nutzerinnen und Nutzer

⁴⁷ zu Familien mit Migrationshintergrund im Kontext der Familienbildung vgl.; Cyprian 2004; Sindbert 2004; Siegel/Erdogan 2004; Rupp 2004.

mit der Wahl des für sie passenden Kurses überfordert sind. Als Strategie wurden hier ergänzende und alternative Angebote zum klassischen Sprachkurs genannt wie Liederkreise, Spielegruppen u.ä., in denen der Spracherwerb nicht das vordergründige Ziel darstellt, das Angebot jedoch niedrigschwellige Gelegenheiten zur informellen und non-formalen Bildungsgelegenheit – quasi dem Spracherwerb „nebenbei“ – bietet.

BEST PRACTICE Information und Bildung in Kitas:

Informationsveranstaltungen mit Erzieherinnen und Erziehern in Kindertageseinrichtungen und der hier stattfindende Austausch führen häufig zu einer Multiplikationsarbeit. Die Kindertageseinrichtungen und die Erzieherinnen und Erzieher können nicht nur auf der Basis ihrer Beziehungen zu den jungen Eltern niedrigschwellig beraten und auf Angebote aufmerksam machen. Sie können auch von Eltern geäußerte Bedarfe und Wünsche an die Häuser der Familien weitergeben und auf Lücken im Angebot hinweisen. Unter anderem könnten aus dem wahrgenommenen und geäußerten Bedarf Sprachförderkurse in den Räumen der Kindertageseinrichtung für Eltern mit Migrationshintergrund stattfinden.

PROJEKTBEISPIEL Information und Bildung zum Thema Gesundheit

Das MiMi-Gesundheitsprojekt „Mit Migranten für Migranten – Interkulturelle Gesundheit in Deutschland“ wird im Auftrag des BKK Bundesverbandes seit 2003 vom Ethno-Medizinischen Zentrum e.V. unter der Schirmherrschaft der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB durchgeführt. Nach erfolgreichem Projektverlauf wurde MiMi von Dezember 2005 bis Juni 2007 in Bayern, Hessen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Brandenburg, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz fortgesetzt bzw. ins Leben gerufen. Von

November 2007 bis Juni 2008 wird nun das Projekt in den Standorten weiterentwickelt.

„Mit Migranten für Migranten“ ist das Motto des Projektes zur interkulturellen Gesundheitsförderung und Prävention. Engagierte Migrantinnen und Migranten werden als interkulturelle Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren eingesetzt. Gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren des deutschen Gesundheitswesens sollen sie ihre eigenen Landsleute mehrsprachig und kultursensibel über Gesundheitsmöglichkeiten informieren. Die interkulturellen Mediatorinnen und Mediatoren werden zu folgenden Themen der Gesundheitsförderung und Prävention geschult:

- Migration und Gesundheit
- Das deutsche Gesundheitswesen
- Alkoholkonsum und Hintergründe
- Umgang mit Medikamenten
- Kindergesundheit und Unfallprävention
- Familienplanung und Schwangerschaft
- Ernährung und körperliche Bewegung
- Mundgesundheit
- Tabakkonsum, Tabakentwöhnung
- Seelische Gesundheit
- Vermeidung von Übergewicht
- Alter, Gesundheit und Pflege
- Erste Hilfe beim Kind

Im Anschluss an die Schulungen sollen sie selbständig muttersprachliche Informationsveranstaltungen durchführen. Mit Unterstützung der ausgebildeten Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren sowie der Akteurinnen und Akteure des Gesundheitswesens nehmen die Migrantinnen und Migranten ihre Gesundheit selbst in die Hände. Ergänzend werden muttersprachliche Schulungsmaterialien erstellt, die in den Informationsveranstaltungen von den Mediatorinnen und Mediatoren eingesetzt werden. Die Materialien liegen in zahlreichen Sprachen vor. Darüber hinaus gibt es einen mehrsprachigen Gesundheitswegweiser, der Informationen zum Aufbau und zu Angeboten des Gesundheitswesens, zu

gesunden Lebensweisen und weiteren ausgewählten Gesundheitsthemen enthält.⁴⁸

1.3 Strategien zum Abbau von Zugangsbarrieren bei Angeboten der Beratung

Bei Angeboten der Beratung handelt es sich um „höher-schwelligere“ Angebote. Anlässe für die Suche nach und die Wahrnehmung von einem Beratungsangebot ist meist ein Problembewusstsein und eine Problembeschreibung, von der aus die Beratung ihren Ausgang nimmt. Wo Familien für welche Anliegen eine für sie erreichbare und passende Beratung finden, ist nicht nur für Familien mit Migrationshintergrund eine Herausforderung in der ausdifferenzierten Beratungslandschaft. Eine Hürde im Zugang zu Beratungsangeboten liegt daher in der fehlenden Kenntnis der lokalen und regionalen Angebote. Hinzu kommen die Sprachkompetenz der „Beratenden“ und der „Ratsuchenden“ sowie fehlende multikulturelle Kenntnisse insgesamt. Gerade die Erziehungsberatung und die Familienberatung beziehen sich auf Normen und Werte „richtiger“, Kindererziehung, Ausgestaltung der elterlichen Paarbeziehung und Umgang mit den eigenen Eltern und der Frage wie diese Normen und Werte im familialen Alltag gelebt werden. Kulturelle Traditionen und Kindheitserfahrungen treffen in der Beratung auf „deutsche“ Werte und Vorstellungen. Beratung von Familien mit Migrationshintergrund erfordert daher die Entwicklung eines Verständnisses für die Normen und Werte der Ratsuchenden und eine kultursensible Verständigung über das Beratungsthema bzw. die Problemstellung und möglicher Lösungen. Zugleich bewegen sich Beratungen zur Kindererziehung und in Fällen von Trennung und Scheidung auf der Grundlage deutscher Gesetzgebung, die z.B. körperliche Züchtigung in der Kindererziehung unter Strafe stellt. Kultursensible Verständigung über Problemstellungen und mögliche Lösungen sowie der dahinterliegenden Normen und Werte bedeutet daher nicht eine unkritische Fremdperspektive einzunehmen nach dem Motto „je-

⁴⁸ <http://www.bkk-bv-gesundheit.de/bkk-promig/>

der nach seiner Fassung“. Dieser Balanceakt stellt eine wichtige Herausforderung in der Beratungsarbeit mit Migrantinnen und Migranten sowie der interkulturellen Öffnung von Beratungsdiensten dar.

Weiterhin nannten die Häuser der Familien ein „Konfrontatives“ Beratungssetting (Gesprächsform, Ratsuchende müssen erscheinen) als Zugangsbarriere für Menschen mit Migrationshintergrund zu Beratungsangeboten. „Zugehende Beratung“ in offenen Angeboten (z.B. Vorträgen oder Familienfrühstücken und -cafés) kann dagegen ein niedrigschwelliges Kennen lernen ermöglichen und helfen Vertrauen zu schaffen. Beraterinnen und Berater stellen sich in offenen Angeboten vor und/oder nehmen regelmäßig daran teil. Sie bieten Einzelveranstaltungen an, in denen sie rund um ein Thema informieren. Hierüber kann die Akzeptanz „fremder Beratung“ gesteigert werden und Interesse an dem Angebot geweckt werden.

Fehlende Kinderbetreuungen verhindern oft genug ein entspanntes Wahrnehmen von Beratungsterminen. Auch hier kann ein begleitendes Kinderbetreuungsangebot Abhilfe schaffen und bieten gemischte Formen (z.B. „Erziehungsfrühstück“ in Kombination mit einem Spielangebot für Kinder) Möglichkeiten zum entspannten Austausch über Erziehungsfragen und -probleme mit der anwesenden Beraterin der Erziehungsberatungsstelle. Hierüber können auch die häufig ausgeschöpften Beratungskapazitäten aufgefangen werden; z.B. indem eine Beratung nebenbei ohne Wartezeiten und Terminvereinbarung an solchen kombinierten Programmen und angeleiteten Austauschen über Erziehungsfragen erfolgen kann. Elternfrühstücke u.ä. Angebote haben daneben den Vorteil, dass sie nicht stigmatisierend wirken, da ein Teilnahme am Angebot nicht zwingend einen Problemdruck voraussetzt.

Resümee Zugangsschwierigkeiten bei der Nutzung von Angeboten

Insgesamt wurde in der Arbeitsgruppe und den hier geschilderten Erfahrungen der Häuser die

Notwendigkeit deutlich, eine Kultur und Atmosphäre der Toleranz, Offenheit und des Interesses an anderen Kulturen zu schaffen. Geschehen kann dies über Angebote, die kulturelle Unterschiede bzw. Herkunft zum Thema machen und Differenz nicht als Defizit, sondern als Bildungsprozess und Aufforderung zum Verstehen betrachten. Die jeweiligen Feste und Feiertage zu achten und ggf. auch zu feiern kann ebenso wie Gesten z.B. der Begrüßung in den Landessprachen eine Atmosphäre des Willkommenseins herstellen helfen.

In der Diskussion der Zugangsschwierigkeiten von Familien mit Migrationshintergrund zu Angeboten der Häuser der Familien wurde in der der Arbeitsgruppe „Migration“ v.a. das **Problem des Übergangs von migrationsspezifischen Angeboten im Rahmen der Migrationssozialarbeit in interkulturelle Angebote und Regelangebote** angesprochen. Sprechzeiten von Migrations-, Asyl-, und Flüchtlingsberatungen können im Tandem von offenen und geschlossenen Angeboten, Familien mit Migrationshintergrund eine Teilnahme an anderen Angeboten des Hauses der Familie erleichtern.

Die Perspektive der Zugangsbarrieren für die Teilnahme an Angeboten wurde um die Frage nach den Zugangsbarrieren von Personen ausländischer Herkunft, sich als Aktive in das Haus der Familie einzubringen, ergänzt.

2. Menschen mit Migrationshintergrund als Aktive im Haus der Familie

Um Migrantinnen und Migranten für eine Mitarbeit im Haus der Familie zu gewinnen müssen einerseits Möglichkeiten hierfür konkret geschaffen werden und andererseits insgesamt eine interkulturelle Öffnung des Hauses, seiner Angebote und v.a. der ehrenamtlichen Projekte erfolgen. Die interkulturelle Öffnung ins Leitbild des Hauses aufzunehmen und mit Fortbildungen für Haupt- und Ehrenamtliche anzubieten sind wesentliche Strategien, um die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. So können auch fehlende Kenntnisse der übrigen Aktiven zur Beantwortung der Frage „Was brauchen Aktive anderer Herkunftslän-

der?“ erworben werden. Vorurteile andere Aktiver im Haus gegenüber Ehren- und Hauptamtlichen mit Migrationshintergrund kann durch öffentliche Bekennung der Leitung zur interkulturellen Öffnung begegnet werden. Dazu gehört auch, interkulturelle Elemente in der Begleitung der Ehrenamtlichen aufzunehmen.

Generell hat es sich auch als sinnvoll erwiesen, im Team des Hauses der Familie Personen mit Migrationshintergrund sowohl als Hauptamtliche als auch als Ehrenamtliche auf allen Ebenen (Vorstand, Leitung, Teams etc.) einzubinden. Der Migrationshintergrund der Aktiven im Haus der Familie muss dabei nicht unbedingt dem der anvisierten Zielgruppe entsprechen.

Migrantinnen müssen für die aktive Mitgestaltung der Häuser der Familien ebenso wie andere Aktive befähigt und begeistert werden. Dazu gehören passende und zielführende Informationen über das Konzept, das Haus und seine Angebote sowie Möglichkeiten der Mitarbeit und Beteiligung. Ebenso gehört eine prinzipielle Öffnung des Hauses für die Partizipation und Mitarbeit von Ehrenamtlichen und eine gezielte Einladung und Werbung für eine Beteiligung dazu. Dabei kann es hilfreich sein auch regionale oder überregionale Medien (z.B. türkische Tageszeitungen) zu nutzen um über das Haus und seine Angebote zu berichten und für eine Mitarbeit zu werben.

Die Häuser berichteten, dass der Anspruch der Migrantinnen und Migranten an sich selbst, perfekt deutsch zu können, häufig einem Engagement im Wege steht. Auch nehmen die Häuser eine Bescheidenheit und fehlende Selbstwertigkeit gegenüber den eigenen Talenten bei den Migrantinnen und Migranten wahr. Migrantinnen und Migranten müssen daher gezielt ermuntert und ermutigt werden, sich mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten im Haus der Familie einzubringen.

Tendenzen zur Qualifizierung des Ehrenamts können abschreckend wirken und eine Unsicherheit darüber nach sich ziehen wie „kompetent“ Ehrenamtliche in Bezug auf ihre konkrete Aufgabe sein müssen, um sie übernehmen zu

können/dürfen. Eine Gleichbehandlung aller Aktiven bei Privilegien und Positionen ist daher Grundvoraussetzung um Hierarchisierungen zwischen „qualifizierten“ und „weniger qualifizierten“ Ehrenamtlichen zu vermeiden.

Migrantinnen und Migranten benötigen Ansprechpartnerinnen und -partner im Haus der Familie, die sie schon kennen. Im persönlichen Kontakt können dann Wünsche und Möglichkeiten der Beteiligung und Mitarbeit konkret ausgelotet werden.

Aussiedlerinnen und Aussiedler lassen sich gut über die (eigene) deutsche (Vor)Geschichte ansprechen und integrieren über Geschichtsprojekte (Erstellung von Festschriften, Ortsbegehungen, Organisation von Festen, Ausstellungen etc.)

Ebenfalls wurde das Problem der Einbindung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit Migrationshintergrund genannt. Eine Möglichkeit Migrantinnen und Migranten für die Mitarbeit im Haus der Familie zu gewinnen wird in der Strategie gesehen, Migrantenselbstorganisationen und Personen Infrastruktur (Räume u.ä.) gegen eine Zeitspende und dem Einbringen von Angeboten zur Verfügung zu stellen.

C. Organisationen⁴⁹ und -Einrichtungen als Kooperationspartner/innen

Organisationen und -dienste lassen sich generell dahingehend unterscheiden, ob sie nur „für“ oder auch „von und für“ Migrantinnen und Migranten Angebote und Dienste bereitstellen. Auch lassen sie sich danach unterscheiden, auf welcher Ebene (politisch, stadtteilbezogen, als konkrete Dienstleister etc.) sie agieren.

Organisationen und Dienste für Migrantinnen und Migranten

Mit der Anwerbung von Gastarbeiterinnen und -arbeitern ging die Anforderung einher, entsprechende soziale Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Es wurden Sozialberatungsstellen in der Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt (für Menschen aus der Türkei, Jugoslawien, Marokko und Tunesien), des Caritasverbandes (für Menschen auf Italien, Jugoslawien, Spanien und Portugal) und des diakonischen Werks (für Menschen aus Griechenland) eingerichtet. Insgesamt bestanden anfangs der 1990er Jahre deutschlandweit etwa 600 Beratungsstellen mit 1000 Beraterinnen und Beratern.⁵⁰ Diese Sozialberatungsstellen für Migrantinnen und Migranten wurden nach einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Arbeit im 1999 auch für andere Migrantinnen und Migranten die nicht aus den Anwerbeländern stammten geöffnet und können nun auch von anderen Trägern eingerichtet und gefördert werden.

Viele Soziale Dienste und Ämter halten zudem spezielle Angebote oder Fachabteilungen für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. migrationsspezifische Fragestellungen vor:

- Migrant/innenbüros in Städten
- Migrationsfachdienste

⁴⁹ Die Begriffe Migrantinnenorganisation, Migrantinnen-selbstorganisation und Migrantinnenverein werden hier synonym gebraucht.

⁵⁰ Vgl. Hamburger 2002, S. 414

- Projekte im Bereich der Abschiebung und Asyl
- Asyl- und Ausländerberatung
- Bundesamt für Migration
- Spezielle Angebote im Rechtskreis SGB II und SGB III der Agenturen für Arbeit, ArGen, Jobcenter u.ä.

Eine gezielte Kooperation mit migrationsspezifischen Angeboten der ArGen hat sich ebenfalls als hilfreich erweisen.

Organisationen von und für Migrantinnen und Migranten

Migrantinnenorganisationen sind wichtige Partner. Sie kennen häufig die Bedarfe und Lebenswelten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, können Kontakte herstellen und bieten Know-how und Räume. Grundsätzlich stehen die meisten Migrantinnenorganisationen Kooperationen und anderen Formen der Zusammenarbeit sehr offen gegenüber und sind auch wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner in der interkulturellen Öffnung einer Einrichtung.

In den 1970er begann die Entstehung einer Vielzahl von Projekten und Initiativgruppen, Vereinen und Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in der Verknüpfung von Bildungs-, Kultur-, Aufklärungs-, und Sozialarbeit. Diese „Ausländerszene“ wurde in den 1980ern um Verbände der Selbstorganisationen sowie Ausländerbeauftragte, Ausländerbeiräte und interkulturelle Büros erweitert.

Zu dieser Gruppe zählen vor allem (politische) Gremien, und Institutionen der (Selbst)Vertretung, Arbeitskreise, AGs nach § 78 SGB VIII und Quartiersmanagement. Es handelt sich meist um Gremien und Institutionen, die eine Partizipation rheinland-pfälzischer Migrantinnen und Migranten ermöglichen sollen. Über Aufforderung, Ansprache und Förderung sollen Teilhabemöglichkeiten und Teilhabechancen hergestellt und verwirklicht werden. Ziel ist die Förderung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozess über die Mitwirkung in demokratischen Institutionen

und Arbeitsgremien. Verbände der Selbstorganisation sind meist Vereine, die sich um soziale, religiöse und kulturelle Belange ihrer Mitglieder zu kümmern.

- Arbeitskreise
- Integrations- /Ausländerbeauftragte
- Ausländerbeirat
- Beiräte für Integration und Migration
- Vereine, Verbände
- Selbsthilfegruppen

Ergänzt wird diese Aufzählung durch Selbstorganisationen wie Glaubensgemeinschaften, Kirchengemeinden und Moscheen, Freundschafts-, Freizeit- und Kultur- Vereine sowie gewerbliche Personen, Institutionen (z.B. VHS, Vereinen, kleine Firmen...).

Inzwischen wurden in den meisten rheinland-pfälzischen Kommunen **Beiräte für Migration und Integration (bisher: Ausländerbeiräte)** gewählt oder berufen. Als offizielle Vertretung der ausländischen Bevölkerung in der Kommune treten sie auf kommunaler Ebene für die Gleichstellung zwischen den ausländischen und deutschen Einwohnerinnen und Einwohnern ein. Die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder können über die kommunalen Verwaltungen oder die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (AGARP) kontaktiert werden.

In vielen Kommunen gibt es **Integrations- oder Ausländerbeauftragte**, die sich mit dem Zusammenleben von Eingewanderten und Einheimischen sowie den Problemen der Eingewanderten beschäftigen. Ihre Adressen stehen auf der Homepage der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration unter: www.integration.rlp.de.

Über die Beiräte für Migration und Integration wie die kommunalen Einrichtungen besteht auch die Möglichkeit, mit Migrantorganisationen, Verbände und Vereine Kontakt aufzunehmen.

Eine Befragung ausgewählter rheinland-pfälzischer Migrantorganisationen kommt zu dem Ergebnis, dass Migrantorganisationen einen wichtigen Beitrag „zur gesellschaftlichen

Integration und Partizipation ihrer Mitglieder“ leisten.⁵¹:

Sie werden als **Ort der Anerkennung** an dem sie sich willkommen und wohl fühlen erfahren. Dabei wird Raum ganz plastisch verstanden auch als Ort an man sich aufhalten, sich begegnen und den man nutzen kann.

Viele der Migrantorganisationen konzentrieren sich schwerpunktmäßig auf die **Bereitstellung von Bildungs- und Sprachangeboten** für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Sie erhöhen den Integrationserfolg durch die Kombination von Sprachangeboten, Freizeitaktivitäten und Begegnungsmöglichkeiten.

Migrantorganisationen leisten einen wesentlichen Beitrag zu **Verbesserung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Kommune** teilzunehmen. Sie „stellen Bezüge zu anderen Organisationen, Vereinen oder Akteuren der Kommunalpolitik her und motivieren ihre Mitglieder zur Mitarbeit im sozialen Bereich, zum Engagement in kommunalpolitischen Fragen und zu anderen Formen der Zusammenarbeit mit „deutschen“ Akteuren“⁵²

Migrantorganisationen versuchen ihrerseits auch Begegnungen zwischen Deutschen und Migrantinnen und Migranten herzustellen. Durch Veranstaltungen, Feste und Vorträge bemühen sie sich darum Aufmerksamkeit zu erwecken und größere Teile der Bevölkerung zu erreichen. Dabei kämpfen z.T. mit ganz ähnlichen Problemen wie „deutsche“ Einrichtungen, die sich bemühen Personen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Wechselseitige Veranstaltungen in den Räumen der Häuser der Familien und der Migrantorganisationen können helfen neue Zielgruppen „ins Haus zu bekommen“ und zu einer gegenseitigen Öffnung beitragen.

Migrantorganisationen erleben insbesondere nach den Terroranschlägen des 11. Septembers beim Kontaktaufbau zu anderen Organisationen eine ablehnende Haltung und übertriebene Vorsicht, die v.a. muslimischen Vereinen Personen

⁵¹ Stauf 2004, S. 6

⁵² Stauf 2004, S. 7

entgegengebracht wird. Fundamentalismus- und Terrorismus- Diskussionen erschweren zusätzlich auch für die Träger den Aufbau der Kooperationen v.a. in der Frage, mit wem lässt man sich als Träger ein und mit wem weshalb besser nicht. An fundierte Informationen über mögliche Kooperationspartnerinnen und -partner zu gelangen, ist hierbei von größter Wichtigkeit.

Im Hinblick auf den Aufbau möglicher Kooperationsbeziehungen und der Frage mit wem man in Bezug auf welche Inhalte und Ziele kooperieren möchte – wurde seitens der Häuser der Familie die Möglichkeit genannt, bereits persönlich bekannte Migrantinnen und Migranten als Gatekeeper des Hauses zu nutzen. Das Know-how der Personen und Familien mit Migrationshintergrund vor Ort kann zur Informationsbeschaffung ebenso wie Internetrecherchen genutzt werden. Diese Informationsbeschaffung aus möglichst unterschiedlichen Quellen ermöglicht eine eigene Positionsbestimmung des Hauses und eine Argumentationsgrundlage dafür, wer welche Räume und Angebote weshalb wie nutzen darf.

Auch hilft eine genauere Kenntnis der Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten und ihrer Bedarfe vor Ort, die eigenen Prioritäten und die eigene interkulturelle Arbeit besser nach innen wie außen darstellen und legitimieren zu können. Diskriminierungen und Überfremdungsängsten kann so besser begegnet und eine Sensibilisierung der Bevölkerung für die Lebenssituation und die Bedarfe der Migrantinnen und Migranten v.a. aber auch für die Gemeinsamkeiten erreicht werden.

Zugehende Angebote beispielsweise in Moscheen, aber auch der Einsatz von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Komm- und Gehstrukturen (z.B. als Infoabend zum Bildungs- und Gesundheitssystem in Kindertageseinrichtungen und Schulen) können zu einer wechselseitigen Öffnung beitragen.

Eine kirchlich-christliche Trägerschaft des Hauses der Familie erschwert einerseits aus Sicht der Häuser manchmal die Kooperation mit muslimischen Organisationen. Die Gründung eines

„neutralen“ Trägerverbundes für ein Haus der Familie kann eine Lösung darstellen.

Es wurde jedoch andererseits auch berichtet, dass die kirchlich-christliche Trägerschaft manchmal gerade als Vorteil im Sinne einer Wahrung traditioneller Wertorientierung seitens der Migrantinnen und Migranten sowie ihrer Organisationen wahrgenommen werden kann.

Die in der Regel auf Ehrenamtlichkeit ruhende Vereinsarbeit vieler Migrantenorganisationen erschwert den Aufbau von qualifiziertem Fachpersonal. Dies trifft insbesondere Angebote im sozialpädagogischen Bereich. Diesen Fortbildungsbedarf aufzugreifen in Form von gegenseitigen Schulungen (sozialpädagogische Know-how gegen Übersetzungen, Kenntnisse der Zielgruppen und ihrer Bedarfe) kann ein wichtiger Türöffner für weitere Kooperationen und gemeinsame Projekte sein.

Viele Migrantenorganisationen benötigen Räume, um ihre Angebote auszuweiten und verfügen in der Regel über ein sehr begrenztes Raumangebot, das nicht für alle Angebote gut geeignet ist. Migrantenorganisationen und Selbsthilfegruppen Räume zur Verfügung zu stellen ist daher ebenfalls eine gute Anbahnung zur weiteren Kooperation.

Migrantenorganisationen kommt insgesamt bei der Frage, wie Personen und Familien mit Migrationshintergrund besser als bisher mit bedarfsgerechten Angeboten erreicht werden können, eine zentrale Funktion zu. Beim Aufbau von Kooperationen sind ein gegenseitiges Kennenlernen und die Existenz von Schlüsselpersonen für den Aufbau längerfristiger Arbeitsbeziehungen notwendig. Migrantenorganisationen wünschen sich als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden und stellen wichtige Partner bei der Bearbeitung gesellschaftlicher und sozialer Problemlagen dar.

D. Fazit – Schlussbemerkung

Die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, ihrer soziostrukturellen Merkmale und Lebenslagen und die sich hieraus ergebende Bedarfe verdeutlichen die Wichtigkeit dieser Nutzergruppen für die Häuser der Familien. Mit dem Konzept der Häuser der Familie unterschiedliche Angebote unter einem Dach zu vereinen und ihrer Mischung aus spezialisierten höherschweligen Angeboten wie Beratung und offenen niedrigschweligen Angeboten kann es ihnen gelingen, Zugänge für Familien mit Migrationshintergrund zu wichtigen Angeboten und Diensten zu erschließen. Hierüber kann die Nutzung von Regeldiensten seitens Familien mit Migrationshintergrund erhöht werden und eine interkulturelle Öffnung von Regeldiensten in den Häusern erfolgen.

Häuser der Familien können über der Vernetzung und Kooperation mit Migrantenorganisationen, diese in ihrer Arbeit und Aufgabe der Bearbeitung von sozialen und gesellschaftlichen Problemlagen unterstützen. Indem Räume für Vereine, Organisationen, Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt werden können Migrantinnen und Migranten jenseits kulturalistischer Zuschreibungen und Vorurteilen sichtbar gemacht werden.

Häuser der Familien können in der Erleichterung von Zugängen für Familien mit Migrationshintergrund zu Orten der (inszenierten) Begegnung nicht nur zwischen alt und jung, weiblich und männlich, sondern auch zwischen unterschiedlicher kulturellen und religiösen Herkunftszusammenhängen werden, an denen nicht zuletzt auch Gemeinsamkeiten entdeckt und kultiviert werden können.

E. Serviceteil

Serviceteil:

Ansprechpartner für Migration in Rheinland-Pfalz

AGARP - Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte
Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz
Tel.: 06131/638436
Fax: 06131/67943
agarp@t-online.de
www.agarp-rlp.de

Beauftragte der Landesregierung
für Migration und Integration

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Familie und Frauen
Postfach 31 80
55021 Mainz
Tel.: 06131/16 - 2467 oder 2468
Fax: 06131/16 - 4090
blmi@masgff.rlp.de
www.integration.rlp.de

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Familie und Frauen des
Landes Rheinland-Pfalz, Abteilung Familie,
Referat Familienpolitik
Bauhofstr. 9, 55116 Mainz
Tel.: 06131/16 - 4498 oder - 4497
Fax: 06131/16 -174498 oder -174497
www.masgff.rlp.de

Migration und Behinderung

Netzwerk Migration und Behinderung e.V. in
Deutschland
<http://handicap-net.de/index2.htm>

Migration und Gesundheit

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rhein-
land-Pfalz e. V. (LZG)
Karmeliterplatz 3
55116 Mainz
Tel. 06131/2069-0
Fax: 06131/206969
<http://www.lzg-rlp.de/lzg-shop/html/erwachsene.html>

Migration und Bildung

InDicaplus – InPact Projektgruppe
Musgana Tesfamariam & Sibel Soyer
Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rhein-
land-Pfalz
Frauenlobstraße 15-19
55118 Mainz
Tel.: 061 31 – 604082
Musgana.Tesfamariam@agarp.de
Sibel.Soyer@agarp.de

Literatur, Materialien, Broschüren

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (Hrsg.): „Familien kultursensibel pflegen. Ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflege-ratgeber“ Kaiserslautern, 2008
Bestellung und Download unter: www.masgff.rlp.de

IkoM – Newsletter:

Vierteljährlich erscheinender Informationsdienst der Informations- und Kontaktstelle Migration, Schwerpunkt ältere Migrantinnen und Migranten

IKoM-Projektbüro Bonn
AKTIONCOURAGE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Kaiserstrasse 201
53113 Bonn
Information: Elisabeth Brauckmann
Tel.: 0 228 / 92 12 93 48
Newsletter: Dr. Evgueni Godiner
Tel: 0 228 / 92 12 93 68
Fax: 0 228 / 26 29 78
IKoM@aktioncourage.org
www.IKoM-Bund.de oder www.aktioncourage.org

Broschüren zum Betreuungsrecht

Das Institut für transkulturelle Betreuung Hannover hat Broschüren zum Betreuungsrecht in folgenden Sprachen herausgegeben: Arabisch, Bosnisch-Kroatisch-Serbisch, Polnisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.

Unter der unten angegebenen Adresse können die Broschüren bestellt werden.

Institut für transkulturelle Betreuung (Betreuungsver-ein) e.V.
Am Listholze 31A
30177 Hannover
Tel.: 0511/590920 - 0
Fax: 0511/590920 - 10
kontakt@itb-ev.de
www.itb-ev.de

Herrmann, Eva /Kätker, Sandra:
„Diversity Management. Organisationale Vielfalt im Pflege- und Gesundheitsbereich“
Bern, 2007

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz:
„Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006“ Bad Ems, 2008

Download PDF 740KB unter: www.statistik.rlp.de

Robert-Koch-Institut: Migration und Gesundheit. Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin, 2008
Download unter: www.infomed.mds-ev.de

Robert-Koch-Institut: Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) 2003-2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin, Juli 2008
Download unter: www.rki.de

F. Literatur

Baas, S. (2008): Soziale Netzwerke verschiedener Lebensformen im Längsschnitt. In: Bien, W./Marbach, J.H.(Hrsg.): *Familiale Beziehungen, Familienalltag und soziale Netzwerke. Ergebnisse aus drei Wellen des Familiensurvey*. Wiesbaden, S. 147-183.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005): *Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland*. Bonn.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen*. Baden-Baden.

Bien, W./Rauschenbach, T./Riedel, B. (Hrsg.) (2007): *Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie*. Berlin u.a.

Bundesagentur für Arbeit (2008): *Demografischer Wandel. Impulse Heft 3/2008* online unter : <http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-RPS/RD-RPS/A01-Allgemein-Info/Publikation/pdf/Impulse-3-2008.pdf> [Zugriff 12.11.2008].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): *2. Armuts- und Reichtumsbericht*. Berlin.

Bundschuh, S./Jagusch, B. (2005): *Interkulturelle Öffnung der Jugendverbände Quo vadis?* In: *Jugendpolitik (Zeitschrift des Deutschen Bundesjugendrings)* H. 1/2005: *Migration – Integration. Die Rolle der Jugendarbeit*, S. 13-15.

Deutscher Verein 2005: *Niedrigschwelliger Zugang zu familienunterstützenden Angeboten in Kommunen*. Berlin. 7.Dezember 2005.

Granato, M. (2003): *Jugendliche mit Migrationshintergrund in der beruflichen Bildung*. WSI-Mitteilungen 8/2003, S. 474-483.

Hamburger, F. (2002²): *Migration und Soziale Arbeit*. In: Chassé, K.-C./Wensierski, von (Hrsg.): *Praxisfel-*

der der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim u. München, S. 405-420.

Hamburger, F. (2004): *Lebensweltorientierte Sozialarbeit mit Migranten*. In: Grunwald, K./Thiersch, H. (Hrsg.): *Praxis lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Handlungsansätze und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern*. Weinheim u. München, S. 265-280.

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Landesjugendamt (2006): *Zusätzliche Fachkräfte für interkulturelle Arbeit in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz*. Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 20. Februar 2006. Mainz.

Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz (2006): *Mehr als Tee und Baklava...Die Facetten der Kultursensiblen Altenpflege*. Materialien zur Gesundheitsförderung LZG-Schriftenreihe Nr. 122.

Landtag Rheinland-Pfalz (2008): *Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Integration und Migration in Rheinland-Pfalz*. Drucksache 15/2141, 17. 04. 2008; online verfügbar unter: <http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/2141-15.pdf> [Zugriff 18.11.2008]

Messmer, P. (2000): *Versorgungssituation und Hilfebedarf älterer MigrantInnen. Ergebnisse einer Studie in Baden-Württemberg*. In: *Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Württemberg e. V.* (Hrsg.), S. 6-15.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (2007): *Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz*. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008): *Die Partizipation und Positionierung von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen in Rheinland-Pfalz*. Mainz.

Paritätisches Wohlfahrtswerk e.V. (2007): *Nah dran Familienbildung in Familienzentren. Eine Arbeitshilfe*. Wuppertal.

Rupp, M. (2002): *Ergebnisse und Zusatzinformationen aus der Diskussion zum Themenbereich „Migrantenfamilien“*. In: Rupp, M: (Hrsg.): *Familienbildung im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis*.

Tagungsdokumentation. ifb-Materialien 3-2002, Bamberg, S. 52- 53.

Rupp, M. (Hrsg.) (2003): *Niederschwellige Familienbildung*. ifb-Materialien 1-2003. Bamberg.

Siegel, M./Erdogan, H. (2002): *Familienbildung für alle? Ansatz und Entwicklung multikultureller und interkultureller Arbeit*. In: Rupp, M. (Hrsg.): *Familienbildung im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis*. Tagungsdokumentation. ifb-Materialien 3-2002, Bamberg, S. 42-51.

Sindbert, R. (2002): *HIPPY ein niedrigschwelliges Programm der Elternbildungsarbeit für Migranteltern mit Vorschulkindern*. In: Rupp, M. (Hrsg.): *Familienbildung im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis*. Tagungsdokumentation. ifb-Materialien 3-2002, Bamberg, S. 36-41.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008): *Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz*. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Bad Ems.

Stauf, E. (2004): *Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz: Potenziale, Partnerschaften und Probleme* Bericht über die Befragung ausgewählter Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz. Buch/Hunsrück.

Sturzenhecker, Benedikt (2007): *Zum Milieucharakter von Jugendverbandsarbeit*. In: *Deutsche Jugend* 55. 2007, Heft 3, S. 112-119.

Thole, W./Cloos, P./Rietzke, T. (2006): *Bildungsbremse« Herkunft. Zur Reproduktion sozialer Ungleichheit im Vorschulalter*. In: Otto, H.-U./Oelkers, J. (Hrsg.): *Zeitgemäße Bildung. Herausforderung für Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik*. München, S. 287-315.

Vahsen, F.G. (2000): *Migration und soziale Arbeit. Konzepte und Perspektiven im Wandel*. Neuwied, Kriftel.